

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 5 Mai 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Europaweite Gewalt gegen Polizisten

In dieser Ausgabe:

Kriminalität:
Politisch motivierte Kriminalität
auf Höchststand

Aus dem Gerichtssaal:
Das letzte Wort hat der Angeklagte

Medien:
Das Fernsehen, die Angst und
die Polizei als Retter

Personalräte:
Der Mensch im Mittelpunkt,
nicht die Strategie

Auszeichnung:
Was Frauen wollen

Verkehrsgerichtstag 2010 – Teil II:
Skandal beim Idiotentest

Junge Gruppe

Politisch motivierte Kriminalität auf Höchststand



Am 13. März legte das Bundesinnenministerium die Statistik für die politisch motivierte Kriminalität (PMK) in 2009 vor. Die politisch links motivierte Kriminalität hat demnach Höchstwerte erreicht. **S. 10**

Der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Strategie



Personalräte sorgen für Interessenausgleich und Transparenz in der Dienststelle. Mit dem Deutschen Personalrätepreis möchte Jurymitglied Jörg Radek vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP dieses Engagement honorieren. **S. 18**

Skandal beim Idiotentest



Teil II der Berichterstattung vom Deutschen Verkehrsgerichtstag, der auch Unfallrisiken beleuchtete, die durch junge Fahrer mit älteren Autos entstehen. **S. 26**

| | |
|--|------------|
| KURZ BERICHTET | 2 |
| KOMMENTAR Der Mob wird wieder toben | 4 |
| FORUM | 4/5 |
| TITEL/EUROPAWEITE GEWALT GEGEN POLIZISTEN | 6 |
| Die Beschützer beschützen – europäische Gewaltkonferenz von EuroCOP | |
| Entwurf: Resolution Stoppt die Gewalt gegen Polizei in Europa! | 8 |
| KRIMINALITÄT Politisch motivierte Kriminalität auf Höchststand | 10 |
| AUS DEM GERICHTSSAAL Das letzte Wort hat der Angeklagte | 12 |
| MEDIEN Das Fernsehen, die Angst und die Polizei als Retter | 14 |
| ANKÜNDIGUNG 3. GdP-Arbeitsschutzsymposium: Gesundheitsförderung | 17 |
| PERSONALRÄTE Strategien gefragt – von Arbeitsverdichtung bis Überlastung | 17 |
| Der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Strategie | 18 |
| AUSZEICHNUNG Was Frauen sollen | 19 |
| AUFRUF Schlafen für die Forschung | 21 |
| EINSATZ Und immer noch kein Frieden in Nahost | 22 |
| VERKEHRSGERICHTSTAG 2010 – TEIL II Skandal beim Idiotentest | 26 |
| FRAUENPOLITIK Familienernährerinnen: Ungeplanter Rollenwechsel | 35 |
| ANTI-GEWALT-CUP 2010 Versöhnungsgipfel wäre zu hoch gegriffen, aber es ist ein Anfang ... | 36 |
| REISE Lieber Trinkgeld als Schutzgeld | 37 |
| JUNGE GRUPPE | 38 |
| BÜCHER/IMPRESSUM | 40 |



BUNDESSENIORKONFERENZ:**Neuer GdP-Bundesseniorenvorsitzender**

Mit großer Mehrheit wurde Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen von den 109 stimmberechtigten Delegierten der 6. Bundesseniorenkonferenz am 19. und 20. April in Potsdam zum neuen Bundesseniorenvorsitzenden der GdP gewählt. Wiemers kündigte an, seine Amtszeit unter die Devise „Bildung, Bewegung, Beratung, Begegnung“ zu stellen. Unter dem Konferenz-Motto „Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“ hatten die Delegierten, die rund 30.000 in der GdP organisierte Versorgungsempfängerinnen und -empfänger vertreten, den politischen Kurs der GdP-Seniorenarbeit für die nächsten vier Jahre abgesteckt. Beraten und abgestimmt wurde über mehr als 40 Anträge: so gegen Kürzungen im Versorgungsrecht, zur Änderung der Richtlinien der GdP-Seniorengruppe (Bund), gegen Leistungskürzungen bei der Deutschen Bahn und zu bezahlbaren Pflegeleistungen sowie zur Erhöhung der Sterbegeldbeihilfe.

In seiner Abschiedsrede versprach der scheidende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung, weiterhin mit Hingabe und Engagement für die Belange der

GdP-Seniorinnen und Senioren einzutreten. Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Seniorenpolitik verantwortlich, würdigte die Seniorenarbeit u. a. mit den Worten: „Ihr habt nicht immer ‚Ja und Amen‘ gesagt, ihr habt mit konstruktiver Kritik geholfen, Probleme zu erkennen und Lösungswege zu finden.“ Der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Konrad Freiberg erklärte in seiner Ansprache, die GdP werde sich weiter dafür einsetzen, den Seniorinnen und Senioren auch im DGB einen größeren

Einfluss zu verschaffen.

Eine ausführliche Berichterstattung gibt es in der nächsten Ausgabe der DP. *MiZi*



Der neue Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand: Anton Wiemers (r.), der neue Bundesseniorenvorsitzende, sein Stellvertreter Frank Poster (l.) aus Schleswig-Holstein und Sigrid Graedtko aus Brandenburg, Schriftführerin. Zum ersten Mal ist eine Frau in den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand gewählt worden.

Foto: Michael Zielasko

POLITIKERGESPRÄCHE:**Polizeibeamte strafrechtlich besser schützen**

Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Bundesminister für Arbeit und Soziales a.D., Olaf Scholz und dem Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach CDU/CSU, setzte die GdP Anfang des Jahres die Reihe ihrer Gespräche mit Bundespolitikern fort. Themenschwerpunkte waren die zunehmende Einsatzbelastung der Polizei und die wachsende Zahl an Übergriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte.

Die Vertreter des Geschäftsführenden Bundesvorstandes versuchten, die Politiker von der dringenden Notwendigkeit einer eigenen Strafbewehrung der Gewalt gegen die Polizei zu überzeugen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Der Gesetzgeber muss ein deutliches Zeichen setzen, dass er diejenigen, die in seinem Auftrag für die Einhaltung von Regeln

des gesellschaftlichen Zusammenlebens, zur Durchsetzung von Recht und Gesetz und zur Bekämpfung der Kriminalität Tag für Tag unterwegs sind, besonders schützt. Wenn der Respekt vor der Polizei verlorengeht, haben alle Bürgerinnen und Bürger das Nachsehen.“ Die GdP-Vertreter erläuterten den politischen Repräsentanten den Vorschlag zur Einführung eines §115 in das Strafgesetzbuch, der den Schutz der Polizeibeamten vor gewaltsamen Übergriffen gesondert regelt. Im Grundsatz stieß die GdP in den Gesprächen auf breite Zustimmung für ihr Anliegen.

Auf positive Resonanz gegenüber den GdP-Anliegen stieß der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut in einem Gespräch mit den Innen- und Rechtspolitikern der Bundestagsfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Witthaut: „Wenn auch die Grünen unsere Forderung nach einem eigenen Paragraphen im Strafgesetzbuch ablehnend gegenüberstehen, so waren wir dennoch darin einig, dass Polizeibeamte strafrechtlich besser geschützt werden müssen. Es gab mit der Fraktion keinen Dissens, dass die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte ein schwerwiegendes Problem darstellt.“

Viel Überzeugungsarbeit hingegen, so Konrad Freiberg, sei offenbar noch bei den sozialdemokratischen Rechtspolitikern nötig. Vor deren Bundestags-Arbeitsgemeinschaft würdigte er zwar das Bemühen, Lösungsansätze für die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu finden, betonte aber, dass in den anderen politischen Lagern konkretere Vorstellungen im Sinne der GdP vorhanden seien. *hol*



LANDESDELEGIERTENTAGE:**Bremen****Horst Göbel**

Unter dem Motto „Wertschätzung und Respekt“ tagte der Bremer Landesbezirk auf seinem 16. ordentlichen Landesdelegiertentag am 15. und 16. April

in Bremen. In seiner Rede forderte der einstimmig wiedergewählte Landesvorsitzende Horst Göbel die Wertschätzung von Arbeit und den Respekt vor den sie leistenden Menschen ein. Auch die öffentlichen Arbeitgeber seien nicht frei von mangelnder Wertschätzung der Arbeit gegenüber und nutzten die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge, von 1-Euro-Jobs und versuchten, Tarifverträge zu unterlaufen. Ferner förderten sie eine immer höhere Arbeitsverdichtung durch mangelnde Einstellungszahlen, die wiederum vermehrt zu Erkrankungen führe.

Aus den sich anschließenden Referaten vom Bremer Polizeipräsidenten Holger Münch (personelle Situation der Bremer Polizei), der Bürgermeisterin Karoline Linnert (personal- und finanzpolitische Ausrichtung des Bremer Senats) und des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut (Sparen versus innere Sicherheit) konnten sich dann die Delegierten ein umfassendes Bild zur möglichen Zukunft der Polizei im Lande Bremen machen.

Der Landesvorstand

Saarland**Hugo Müller**

Hugo Müller wurde auf dem 20. Landesdelegiertentag mit eindrucksvollen 100 % der Delegiertenstimmen als Landesvorsitzender bestätigt. Ähnlich deutlich

wurde der gesamte neue Geschäftsführende Landesbezirksvorstand von den 79 Delegierten mit einem hohen Vertrauensbeweis ausgestattet.

Die vom neuen saarländischen Innenminister, Stephan Toscani, anlässlich des Festaktes zum Delegiertentag gehaltene Grundsatzrede zur Zukunft der saarländischen Polizei, wurde im Anschluss durch eine Diskussionsrunde mit den innenpolitischen Sprechern der saarländischen Landtagsfraktionen aufgearbeitet. Die Delegierten rollten außerdem auf Diskussionsforen zwei drängende Problemfelder der saarländischen Polizei auf: die Organisations- und Personalentwicklung und die besonderen Erschwernisse in der Polizeiarbeit nicht zuletzt angesichts der wachsenden Gewalt gegenüber Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten.

Der 20. Landesdelegiertentag stand unter dem Motto: GdP bewegt!

Wir werden dieses Motto in den nächsten vier Jahren leben.

Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär

Nordrhein-Westfalen**Frank Richter**

Mit 95 Prozent der abgegebenen Stimmen hat der Landesdelegiertentag der GdP in NRW am 21. April den bisherigen Landesvorsitzenden Frank Richter in seinem Amt bestätigt. Für Richter, der seit fünf Jahren an der Spitze des mit 36.000 Mitgliedern größten Landesbezirks der GdP steht, stimmten 196 von 206 Delegierten. In seiner Grundsatzrede vor den Teilnehmern und Gästen forderte er ein durchgängiges Laufbahnrecht, individuelle Lebensarbeitszeitmodelle, die sich an den realen Erschwernissen des Polizeidienstes orientierten, und eine Neuregelung des nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechenden Zulagenwesens.

„Nichts wird in Zukunft mehr sichern sein, weder bei der Bezahlung noch bei Sozialleistungen oder bei den Arbeitsplätzen“, warnte Richter. Deshalb geht der GdP-Landesvorsitzende davon aus, dass die kommenden Jahre eine „Zeit der Gewerkschaften“ sein werden. „Wir werden beweisen müssen, dass wir in der Lage sind, außerparlamentarischen Druck zu erzeugen“, sagte Richter. Dieser Herausforderung werde sich die GdP stellen.

„Nichts wird in Zukunft mehr sichern sein, weder bei der Bezahlung noch bei Sozialleistungen oder bei den Arbeitsplätzen“, warnte Richter. Deshalb geht der GdP-Landesvorsitzende davon aus, dass die kommenden Jahre eine „Zeit der Gewerkschaften“ sein werden. „Wir werden beweisen müssen, dass wir in der Lage sind, außerparlamentarischen Druck zu erzeugen“, sagte Richter. Dieser Herausforderung werde sich die GdP stellen.

GdP NRW

FRAUENGRUPPE (BUND):**Arbeitsschwerpunkte erläutert**

Zu einer ersten gemeinsamen Sitzung trafen sich der neue geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) und der geschäftsführende Vorstand der GdP Anfang April in Berlin. Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), betonte dabei, dass sich die Frauengruppe (Bund) als Beratungsgremium zur Frauen- und Gleichstellungspolitik für die GdP-Spitze verstehe. „Wir freuen uns auf den konstruktiven Austausch und die

gemeinsame Arbeit zum Wohle der Gesamtorganisation“ versicherte sie.

Den Meinungsaustausch mit dem GBV nutzten die Kolleginnen in erster Linie, um ihre Arbeitsschwerpunkte zu erläutern: Im Mittelpunkt der kommenden vier Jahre soll die Chancengleichheit in der Polizei stehen. Dabei wollen sich die Kolleginnen insbesondere für faire Beurteilungen und Aufstiegschancen sowie

die Überwindung der Entgeltungleichheit einsetzen. Auch sein Engagement für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie will der geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) fortsetzen und u.a. für die von der Frauengruppe entwickelte Musterdienstvereinbarung werben. Darüber hinaus will die Frauengruppe (Bund) weiterhin Stellung beziehen zum Problem der häuslichen Gewalt.

weust.



Der Mob wird wieder toben

Wenn diese Zeitung erscheint, wissen wir vielleicht schon, wie der erste Mai verlaufen ist. Mir graut allerdings jetzt bereits vor den Nachrichten rund um die zu erwartenden Randalen und ich hoffe inständig, dass sich die Opferzahlen in Grenzen halten. Aber – davon bin leider nicht nur ich überzeugt: In der Republik wird es rund um dieses Datum wieder an etlichen Stellen brennen. Nazi-Demonstrationen, Gegenaufrmärsche, Fußballspiele, Straßenschlachten – die Zeichen stehen auf brandgefährlich. Wir werden rund um den 1. Mai eine Links-Rechts-Auseinandersetzung erleben, die wird gewalttätiger werden als in den letzten Jahren. Darauf lässt die generelle dramatische Zunahme des politischen Extremismus schließen. Zur Zeit des Redaktionsschlusses waren

allein in Berlin insgesamt 46 Demonstrationen angemeldet – schon jetzt deutlich mehr als jemals zuvor –, davon 31, die sich gegen geplante Aufmärsche von Neonazis richten. Dazu kommt die Walpurgismacht, zu der sich regelmäßig nicht nur friedlich Feiernde versammeln.

Und auch das ist schon jetzt klar: Die Hauptstadt wird das Polizei-Personal, das man braucht, nicht in der notwendigen Größenordnung bekommen. Viele Länder brauchen ihre Leute vor der eigenen Haustür. Denn nicht nur in Berlin stehen die Zeichen auf brandgefährlich. Zum Beispiel hat Hamburg zum 1. Mai immer seine großen Probleme, in Thüringen hat die NPD Aktionen angekündigt. Die rechtsextreme NPD plant in Rostock eine Demonstration. Außerdem erwarte die Polizei beim Zweitligaspiel Rostock gegen Cottbus einen Großeinsatz. Überall drohen also gewalttätige Auseinandersetzungen.

Längst geht es dabei nicht mehr um die Verdeutlichung von berechtigten Interessen der arbeitenden Bevölkerung oder um deutliche Hinweise auf soziale Missstände und politische Irrtümer. Es gibt inzwischen eine linksextreme

Szene, die sich in letzter Zeit ziemlich stark fühlt – und genau so auftritt, nämlich gewalttätig. Wirre und diffuse Vorstellungen von einer „besseren“ Gesellschaft sollen offenbar gewaltsam „erkämpft“ werden. Und schon geht es plump und dumpf gegen eine Säule der Gesellschaft, Feind Nummer 1 ist die Polizei – gut sichtbar und konkret angreifbar.

Die rechte Szene ist deshalb jedoch nicht zu vernachlässigen. Wenn wir uns nur die Statistik der politisch motivierten Straftaten anschauen (s. S. 10), wissen wir, was wir zu erwarten haben: Der Mob wird sich wieder austoben und unsere Kolleginnen und Kollegen werden wie immer zur Zielscheibe dazwischen.

Nun wäre es einfach, zu sagen, weil die Polizei nicht in der Lage ist, für die notwendige Sicherheit zu sorgen, können Demonstrationen einfach nicht stattfinden. Das wäre aber ein wirklich sehr bedenkliches Zeichen für unseren Rechtsstaat.

Wir sollten anders herangehen: Polizei muss, will sie vorbeugend abschreckend wirken, auch durch zahlenmäßig starke Kräfte zur Stelle sein. Bekannte Störer müssen vor dem 1. Mai offensiv angesprochen werden, schon zu Hause. Aber auch dafür braucht man viel Personal.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Sicherheitslücken endlich geschlossen werden, dass unsere Kolleginnen und Kollegen so ausgestattet sind, dass sie ihren Auftrag erfüllen können – ohne dass sie zu Opfern werden.

Und ich möchte ganz klar an alle demokratischen Parteien in diesem Land appellieren, gegen jegliche Art von Gewalt – sei es von Links- oder Rechtsextremen – ganz klar Stellung zu beziehen. Auch das prägt eine Atmosphäre. Gewalt darf keinerlei aktive Unterstützung oder passive Duldung erfahren. Gewalt verdient nur eines in unserer demokratischen Gesellschaft: Ächtung.



Zu: Nur wer sündigt, soll zahlen, DP 4/10

Das Vorhaben der EU-Kommission, die einheitliche Einführung einer Halterhaftung bei Verkehrsverstößen im fließenden Straßenverkehr einzuführen zeigt, dass die EU auch vor den in Jahrzehnten gewachsenen Rechtsordnungen ihrer Mitgliedsländer keinen Halt macht. Der bei uns geltende Grundsatz: „Keine Strafe ohne Schuld“ darf keinesfalls aufgegeben werden. Es wäre derzeit verfassungswidrig, wenn der Halter eines Fahrzeuges zur Rechenschaft gezogen wird, ohne dass ihm ein verkehrrechtlicher Verstoß nachgewiesen werden muss.

Für mich unverständlich ist, warum ein großer Teil des letzten Deutschen Verkehrsgerichtstages und selbst deren Präsident Kay Nehm, mit aller Gewalt § 25 a StVG auf den fließenden Verkehr erweitern und damit einen Halter, der den Namen des Fahrers seines Fahrzeuges nach einem Verkehrsverstoß nicht benennen will, eins auswischen will nach dem Motto: Wenn schon keine Strafe, dann wenigstens einen Denkkzettel. Hat man dabei bedacht, dass ein Denkkzettel auch denjenigen treffen kann, der von seinem Zeugnisverweigerungsgesetz (§ 52 StPO) Gebrauch macht, also von einem Recht, das grundgesetzartigen Charakter hat? Diese Art der „Abstrafung“ trifft den Falschen und dürfte wohl kaum ein Mittel sein, den Verkehr auf unseren Straßen sicherer zu machen. Zugegeben, es ist unbefriedigend zu wissen, dass ein Fahrzeughalter weiß, wer mit seinem Fahrzeug einen Verkehrsverstoß begangen hat, den Namen aber nicht preisgibt. Ist es aber nicht Ziel einer Verkehrserziehung, dass derjenige einen Denkkzettel bekommen soll, der den Verkehrsverstoß begangen hat? Also sollte man sich nicht Gedanken darüber machen, wie das künftig besser als heute zu realisieren ist, ohne in den Verdacht zu geraten, Recht zu beugen oder nur abzocken zu wollen? Zum Nulltarif wird das nicht zu haben sein, soviel steht fest.

Werner Birken, Wiefelstede



Wir haben heute in der o. g. Ausgabe, im Rahmen des Berichtes zum Verkehrsgerichtstag 2010, auf Seite 36 gelesen, dass der Präsident des Verkehrsgerichtstages, Kay Nehm, der Meinung ist, dass die Kommunen kein Anhalterrecht hätten.

In Hessen haben die Ordnungspolizeibeamten sehr wohl das Recht in den fließenden Verkehr einzugreifen und somit auch die Möglichkeit einen Verkehrsteil-



nehmer, nach einer Geschwindigkeitsüberschreitung, anzuhalten.

Voraussetzung dafür ist, dass ein entsprechender Lehrgang absolviert wurde und die Bestellung, des handelnden Ordnungspolizeibeamten, diese Befugnis enthält.

Thomas Egenolf, Ralf Heil, per E-Mail

Zu: Leserbrief von Anton Doll, DP 3/10

Mit der Aussage: „Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst können (...) zur allseitigen Zufriedenheit abgeschlossen werden“, beginnen Sie Ihren Leserbrief. Einfach – und wieder einmal – eine neue Steuer einführen. Sind dann wirklich alle zufrieden? Derjenige, der die private Altersvorsorge (die u.a. vom Staat eingefordert wird) eigenverantwortlich betreibt auch? Ich hege hier Zweifel. Erst im Jahr 2009 wurde die Abgeltungssteuer eingeführt, die langfristiges Sparen, gleich welcher Form, nicht unwesentlich negativ beeinflusst.

Wen würde die angeführte Börsentransaktionssteuer treffen. Denjenigen, von Ihnen als Spekulant Bezeichneten, welcher zweifelsohne die Möglichkeit nicht-deutscher Börsenplätze nutzt? Mitnichten. Dann eher doch den bestimmt nicht für die sogenannte Finanzkrise verantwortlichen Kleinanleger, der sich überwiegend deutscher Börsen bedient, der ggf. durch Sparpläne langfristig Altersvorsorgekapital aufbauen möchte. Zusätzlich würden sich für diesen die Finanzprodukte (von Banken, Finanzdienstleistern etc.) durch Weitergabe der Steuer verteuern.

Mein Anliegen ist nicht abschließend dieses viel zu komplexe Thema darzustellen und schon gar nicht in einer Zeitschrift einer Polizeigewerkschaft. Jedoch ist es m. E. zu einfach zu sagen, Staat – nimm eine neue Steuer, dann kannst du auch die Forderungen nach Tarifierhöhungen finanzieren. Letztlich trifft es wieder den „normalen“ Steuerzahler (vielleicht ebenso ein Beamter?), der auch schon für die Bankbürgschaften geopfert wird.

Michael List, Freital

Einer für Alle und Alle für Einen

Ganz im Zeichen des berühmten Mottos der drei Musketiere stand eines meiner letzten Wochenenden:

Auf dem Plan stand vom Standort Enkenbach, an dem ich gerade mein Grundagentraining absolviere, freitags nach dem Dienst vom Flughafen Hahn nach Berlin Schönefeld zu fliegen. Dort sollte mich ein Bekannter abholen und wir würden gemeinsam das Wochenende mit viel Musik- und Computerarbeit verbringen. Am Flughafengelände musste ich zu meiner Verwunderung feststellen, dass der gesamte „Billigparkplatz“ völlig zugeparkt war. Mir blieb nichts anderes übrig, als auf dem Gelände der LPS zu parken. Das würde bedeuten dass ich am Sonntagabend um ca. 22:30 Uhr alleine den Weg vom Flughafen zurück antreten müsste. Der Gedanke passte mir gar nicht, aber was blieb mir übrig. So fuhr ich durch das Tor der LPS und sah dort, zwei Kollegen in ein einsam geparktes Auto einsteigen. Sofort witterte ich meine Chance: Ich fragte, ob sie zufällig Richtung Lauzenhausen fahren würden und mich gegebenenfalls mitnehmen könnten, da ich zum Flughafen müsste. Ich staunte nicht schlecht, als die Fahrerin mir entgegnete, dass sie den Kollegen auch gerade zum Flughafen bringen würde und ich mich selbstverständlich anschließen könne. Schließlich erfuhr ich noch, dass der Kollege vom 31. Studiengang dasselbe Ziel hatte wie ich – für ein zünftiges Männerwochenende in Berlin. Das stimmte mich völlig euphorisch, denn nun musste ich den langen Flug nicht alleine verbringen. So verging die Zeit bis zum Einsteigen wie im Flug und der Flug ebenso. Wir unterhielten uns über die Schule, das Diplom- und Bachelorsystem, Vor- und Nachteile desselben, die praktische Umsetzung im späteren Berufsleben, wie wir zur Polizei gekommen sind und vieles mehr. Ich wusste nicht, dass man in so kurzer Zeit so viel von einem Menschen erfahren kann – wirklich spannend.

Am Ziel sah ich ein junges Mädel, das mir sehr bekannt vorkam. Sie hing humpelend im Arm einer Anderen und sah ziemlich gequält aus. Na klar, das war eine Kollegin aus Enkenbach. Sofort sprach ich sie an was los sei und ob ich ihr helfen könne. Sie meinte nur, sie wüsste nicht wo das auf einmal herkäme und dass sie kaum noch auftreten könne. Ich schnappte ihren Koffer und zog sie zur nächsten Security-Dame. Die Dame war sehr hilfsbereit und rief noch einen Polizeibeamten zu Hilfe. Dieser war sichtlich erfreut zu hören, dass er einer Kollegin aus Rheinland-Pfalz so

tatkräftig unter die Arme greifen durfte. Zu viert schafften wir es schließlich bis zum Ausgang, wo wir unsere Kollegin ihrer Mutter übergaben.

Sonntagabend um 21:10 Uhr ging es an den Rückflug. Ordentlich müde und ausgepowert, jedoch mit einem zufriedenstellenden Ergebnis in der Tasche, freute ich mich bereits auf den Rückflug, denn ich wusste das der Kollege vom 31. Studiengang sowie meine Kollegin aus Enkenbach ebenfalls wieder mit mir zurückfliegen würden. Nur wie ich zur LPS kommen würde, machte mir noch ein bisschen Bauchschmerzen. Im Warteraum sah ich auch schon meine Kollegin, die sich angeregt mit einem jungen Mann unterhielt. Verblüfft hörte ich, dass er ebenfalls ein Kollege sei, sowie die beiden jungen Herren die neben mir saßen – alles 2. Bachelor. Da sie von einer Freundin abgeholt würden, könnte sowohl ich als auch der Kollege vom 31. Studiengang sich gerne einfach mit anhängen. Super! Wir belegten eine ganze Sitzreihe und wie schon auf dem Hinflug wurde geschnackt was das Zeug hielt und die Erlebnisse des Wochenendes ausgetauscht. Der Eine müde, der Andere mit etwas Heimweh, der Dritte mit „Fernweh“ nach der großen Stadt, aber alle ziemlich verblüfft und zufrieden über das Mit- und Füreinander unter Kollegen.

Würde man mich heute fragen, was bis jetzt für mich in dem einen Jahr bei der Polizei das einschneidendste Erlebnis gewesen ist, so würde ich ohne zu zögern dieses Wochenende und die Hilfe und Unterstützung aller Beteiligten nennen.

Carolin Blum, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.d



Die Beschützer beschützen – europäische Gewaltkonferenz von EuroCOP

Auf Einladung von EuroCOP haben sich am 12. April 2010 in Madrid Angehörige der Mitgliedsgewerkschaften von EuroCOP, nationale Experten und Medienvertreter versammelt, um eine Bestandsaufnahme über die Gewalt gegen Polizei in Europa vorzunehmen und Lösungsansätze zu formulieren.

„Es ist billiger, einen Polizisten zu schlagen, als falsch zu parken“, ruft ein spanischer Kollege in den Konferenzsaal. Die rund 200 Teilnehmer der Anti-Gewalt-Konferenz sind betroffen über die drastischen Schilderungen des Ausmaßes an alltäglicher Gewalt, der sich die Kolleginnen und Kollegen in Spani-

en ausgesetzt sehen. Aber es geht nicht nur um Spanien. Auch Kollegen aus den Niederlanden und Schweden schilderten ihre teilweise traumatischen Gewalterlebnisse. So berichtete ein junger holländischer Polizist, was ihm geschah, als er zum Streifendienst auf einem Fest abgeordert wurde, den er mit 20 weiteren

Kollegen versehen sollte. Statt der erwarteten 1.500 Besucher sah er sich 30.000 jungen Menschen gegenüber, viele von ihnen erheblich alkoholisiert. Zu einer lebensbedrohlichen Gefahr entwickelte sich die Situation, als klar wurde, dass sich rd. 1.000 Hooligans unter den Feiernden befanden, die sich zu Schlägereien verabredet hatten. Nach der ersten Prügelei untereinander gingen die Angriffe dann auf die Polizei über, die zuvor versucht hatte, die gewalttätigen Auseinandersetzungen zu beenden. Nie zuvor habe der junge Kollege so viel Angst gehabt, wie in diesen Minuten, als er vom tobenden Mob



Bilder, wie sie immer häufiger bei Einsätzen vorkommen: Hier werfen militante G8-Kritiker Steine auf Polizisten (Rostock, 2. Juni 2007).

Foto: Johannes Eisele/dpa

EUROPAWEITE GEWALT GEGEN POLIZISTEN

halb totgeschlagen wurde. Er überlebte die Attacken, trug allerdings nicht allein physische Verletzungen, sondern auch ein posttraumatisches Belastungssyndrom davon. Er befindet sich auch heute, zwei Jahre nach dem Geschehen, in psychologischer Behandlung.

„Es kann nicht sein, dass Polizeibeamte als Opfer von Gewalt vom Dienstherren allein gelassen werden und sich schutzlos den Repressalien der teilweise organisierten Polizeiegner ausgesetzt sehen“, mahnte EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer eindringlich. Seine Mahnung wurde vom spanischen Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba aufgenommen, der zu Beginn der Tagung rund eine Stunde anwesend war. Er versicherte, dass auch unter der derzeitigen spanischen Ratspräsidentschaft das drängende Problem der Gewalt gegen Polizei auf der europäischen Ebene der Innenminister wahrgenommen und diskutiert werde. Die Anliegen der Polizeibediensteten seien auch angesichts der über 450 getöteten Polizeibeamten berechtigt, die Opfer insbesondere der Terrororganisation ETA geworden seien. Rubalcaba forderte spezifische Gegenmaßnahmen, die über die Verbesserung der Ausrüstung hinausgehen müssten. Heinz Kiefer zeigte sich erfreut über diese klaren Worte, bedeuten sie doch in den Zeitabläufen europäischer Politik, dass das Thema „oben“ angekommen ist, was einem Ergebnis der guten Öffentlichkeitsarbeit von EuroCOP gleichkommt.

In vier Teilabschnitten diskutierten die Teilnehmer Ursachen und Gegenstrategien, Taktiken und Grenzen polizeilicher Gegenmaßnahmen, Maßnahmen der Rehabilitation nach gewaltsamen Übergriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte sowie die Rolle von Gerichten und Medien beim Auftreten von Gewalt.

Gewaltthema ist in Europa angekommen

Neben den teilweise emotional bewe-

genden Schilderungen der Kolleginnen und Kollegen konnten vor allem die wissenschaftlichen Expertisen aus anderen Ländern Europas das Ausmaß der Gewalt verdeutlichen. So schilderte Dr. Ladislav Mihalik, Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der Polizeiakademie in Bratislava, dass nach seinen Untersuchungen in der Slowakei Polizeibeamte als ordnungssichernde Träger der Staatsmacht wenig akzeptiert seien.

rechtswidrigem Angriff auf sich selbst und rechtmäßiger Reaktion auf diesen Angriff erhebliche Probleme hätten. Dieses Spannungsverhältnis sei jedoch nur durch gute Ausbildung einerseits und einer verstärkten Regelerorientierung der Bürgerschaft andererseits zu lösen.

Auf besonderes Interesse stieß bei den Teilnehmern der Konferenz die Berichterstattung über die auch von der GdP aktiv



Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender (l.), im Dialog mit dem spanischen Strafverteidiger José María Fuster-Fabra Torrellas.

Bürger weigerten sich oft, Anordnungen von Beamten zu folgen, sie leisteten dabei häufig aktiven Widerstand mit verbalen und körperlichen Angriffen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen der eingesetzten Polizeibeamten würden diese des Öfteren Zwangsmittel zur Durchsetzung ihrer Anordnung einsetzen, was wiederum von den Bürgern als unangemessene Härte empfunden würde. Dr. Mihalik hob im Besonderen hervor, dass er einen direkten Zusammenhang zwischen einer nach wie vor mangelhaften professionellen Einsatzvorbereitung und -durchführung und dem Entstehen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Polizei in seinem Land sehe. Die von seinem Institut unternommenen Untersuchungen hätten darüber hinaus ergeben, dass viele Polizeibeamte mit dem spezifischen Spannungsverhältnis zwischen

unterstützten Untersuchung ‚Gewalt gegen Polizeibeamte‘ des Niedersächsischen Kriminologischen Forschungsinstituts, die von Axel Brockmann, Polizeidirektor und Referatsleiter im Niedersächsischen Innenministerium vorgetragen wurde. Brockmann betonte vor allem, dass in diese Studie nicht nur möglichst viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einbezogen werden sollen, sondern dass die Tiefe der Untersuchung besondere Erkenntnisse über die verschiedenen Wechselwirkungen von gewalttätigen Einsatzgeschehen liefern soll. Mit dem für den 14. Mai 2010 erwarteten ersten Überblick über die wesentlichen Ergebnisse der Studie und dem für Herbst 2010 avisierten Zwischenbericht erhoffte sich das Niedersächsische Innenministerium erstmals weitreichende Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß der Gewalt ge-



ENTWURF

Resolution

Stoppt die Gewalt gegen Polizei in Europa!

Die in der gemeinsamen Europäischen Polizeigewerkschaft EuroCOP organisierten Polizeigewerkschaften der Nationalstaaten richten folgenden dringenden Appell an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, die Regierungen und Parlamente der Nationalstaaten sowie an alle Bürgerinnen und Bürger Europas:

Seit vielen Jahren nimmt die Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten in Europa immer weiter zu. Polizistinnen und Polizisten sehen sich jeden Tag innerhalb und außerhalb ihres Dienstes für die Gesellschaft brutalen Angriffen auf Leib und Leben ausgesetzt. Immer häufiger werden auch die Angehörigen und Familien zur Zielscheibe haltloser Gewalttäter.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Europa und die Nationalstaaten massiv getroffen hat, verstärkt soziale Unruhen. Das Heer von Arbeitslosen und sozial deklassierten Menschen wird immer größer, die Bereitschaft, sich gewalttätig zu verhalten, nimmt zu. Wir wissen, dass die sozialen Konflikte auch auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen werden, denn soziale Unruhen spielen sich auf der Straße ab und dort ist die Polizei aufgerufen, Sicherheit und Ordnung durchzusetzen.

Obwohl die Gewalt gegen Polizei zunimmt, stellen wir fest, dass sich die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten deutlich verschlechtert haben. Die teilweise massiven Lohn- und Gehaltskür-

zungen, der rasante Personalabbau und die Verschlechterung der polizeilichen Ausrüstung führen zu Frustration, einer Gefährdung der Sicherheit und Ordnung sowie einer deutlichen Vernachlässigung des Arbeitsschutzes.

Die in EuroCOP vertretenen Gewerkschaften fordern deshalb:

1. die politische und gesellschaftliche Ächtung der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung und damit auch als Mittel der Auseinandersetzung mit der Polizei,
2. wo in den Nationalstaaten notwendig, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur effektiven Bekämpfung von Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten,
3. eine konsequente und angemessene strafrechtliche Verfolgung von Gewalt gegen Polizei, sowie
4. einen Personalbestand, der garantiert, dass polizeiliche Aufgaben sicher und effektiv erfüllt werden können, auch i. S. der notwendigen Eigensicherung für die eingesetzten Polizeikräfte

Wir wollen erreichen, dass sich die Politik in Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres europäischen Kontinents zu Friedfertigkeit und sozialer Stabilität bekennen. Dazu gehört es allerdings auch, die Polizei nicht im Regen stehen zu lassen, sondern die Polizistinnen und Polizisten im Besonderen vor der ausufernden Gewalt gegen sie zu schützen.

gen Polizei und detaillierte Informationen über die Rahmenbedingungen von Lösungsstrategien.

Training und Nachsorge wichtig

Das Thema Nachsorge wurde mit einem eindrucksvollen Einsatzbericht eröffnet. Ein schwedischer Kollege berichtete über seinen Einsatz in einem Fall häuslicher Gewalt unweit der nordschwedischen Großstadt Kiruna. Aufgrund der geringen Bevölkerungs- und Polizeidichte sei ihm klar gewesen, dass im Umkreis von 60 km keine weitere Streife verfügbar gewesen war. Am Einsatzort angekommen, konnte der Kollege den Gewalttäter im Haus stellen. Völlig ruhig habe der Täter darum gebeten, sein zweijähriges Kind im Beisein des Kollegen ins Bett bringen zu dürfen, sodann wollte er sich festnehmen lassen. Zu diesem Zeitpunkt sei der Täter unbewaffnet gewesen, jedenfalls hätte er keine Waffe in der Hand gehabt. Innerhalb weniger Sekunden habe sich die Lage aber dadurch verändert, indem sich der Täter kurz zum Kind heruntergebeugt habe, um dann plötzlich mit einer Waffe auf ihn zu zielen und einen Schuss abzugeben. Dieser Schuss habe den schwedischen Kollegen in den rechten Arm getroffen, der daraufhin bewegungslos gewesen sei. Aufgrund seines Trainings habe der Kollege aus dem Schussfeld springen und seine Waffe mit der linken Hand ziehen können. Ebenfalls als Ergebnis seines intensiven Trainings sei er in der Lage gewesen, acht Schüsse abzugeben, von denen sechs getroffen hätten. Nachdem der Täter dann schwer verletzt zusammengebrochen sei, habe er ihn medizinisch versorgen und bis zum Eintreffen der Rettungssanitäter, rund 45 Minuten später, am Leben erhalten können. Noch während des Heilungsprozesses hätte er 14 Tage nach dem Ereignis den Innendienst wieder aufgenommen und würde heute, zwei Jahre nach der Tat, wieder Streifendienst tun. Eine posttraumatische Belastungsstörung hätte sich aus Sicht des schwedischen Kollegen nicht eingestellt, weil er von seinem Dienstherrn immer wieder und sehr intensiv auf eine derartige Einsatzsituation inklusive der Möglichkeit eigener Verletzung physisch wie psychisch vorbereitet worden sei.

In Bezug auf die Bearbeitung gewalttätiger Übergriffe ist jedoch das Beispiel des schwedischen Kollegen ein Einzelfall. Viele Teilnehmer betonten, dass in ihren Ländern eine professionelle Einsatznach-sorge kaum vorhanden sei. Dadurch wür-





Experten aus Deutschland: Axel Brockmann, Polizeidirektor im Niedersächsischen Innenministerium (l.) und Heinz Prießmann, Polizeioberrat und Kommandoführer des USK Bayern.

Fotos (2): Sascha Braun

den die psychischen Folgen der Taten noch verstärkt. Die Forderung an die Dienstherren war deshalb klar: Polizistinnen und Polizisten müssen als Opfer von Gewalt professionell betreut werden und dazu gehört, dass endlich ein Bewusstsein für die Folgen gewalttätiger Übergriffe entsteht. Das Denken: „Gewalt ist Teil des polizeilichen Alltages und wird mit der Zahlung des Gehalts abgegolten“, muss beendet und ersetzt werden durch ein professionelles System der Prävention und Rehabilitation.

Beweismittel müssen rechtssicher sein

Im letzten Teil des Kongresses unter Leitung des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut wurden die Aspekte der Medien und der Gerichte in Bezug auf die Entstehung und Verhinderung von Gewalt diskutiert. Als Experte nahm aus Deutschland Heinz Prießmann, Polizeioberrat und Kommandoführer des Unterstützungskommandos (USK) der Bayerischen Polizei Stellung. Er schilderte, mit welcher technischen Ausrüstung und veränderten Einsatztaktik seine Beweis- und Festnahmeeinheiten vorgehen, um die Straftaten von Gewalttätern so zu dokumentieren, dass sie letztlich als Beweismittel auch kritischster Überprüfung durch Strafverteidiger und Richter standhalten.

„Unser Ziel muss sein, Intensivtäter im Bereich gewalttätiger Demonstration dingfest zu machen und aus dem Verkehr zu ziehen. Es zeigt sich, dass harte Strafen

durchaus abschreckende Wirkung haben können“, erläuterte Priebmann Taktik und Ziele der USK.

Die Rolle der Medien wurde kritisch durch den spanischen Strafverteidiger und Rechtslehrer José Maria Fuster-Fabra Torrellas reflektiert. Nach drei Jahrzehnten der Strafverteidigung insbesondere von Polizeibeamten sehe er die klare Tendenz innerhalb einer sich selbst als liberal empfindenden Medienlandschaft, Prozesse gegen Polizeibeamte z. B. wegen Körperverletzung mit großer medialer Präsenz zu begleiten, während Strafprozesse mit Polizeibeamten als Opfern von Gewalt eher gering bis gar nicht in der Berichterstattung Platz fänden.

Er vermute, dass ein Grund hierfür die nach wie vor nur unklare Abgrenzung des linken bürgerlichen Lagers von der gewaltbereiten extremen Linken sei. Eine diffuse Gemengelage aus systemkritischen Globalisierungsgegnern, sogenannten Anti-Imperialisten und Sozialrevolutionären, nutze die scheinbar günstige Stunde der weltweiten Wirtschaftskrise, um staatliche Strukturen im Allgemeinen und die Polizei als sichtbare Vertreterin des Staates zu attackieren. Solange es keine Ächtung dieser Gewalt durch etablierte, in den Parlamenten vertretene linke Parteien und die sich links positionierenden Medien gäbe, würden auch weiterhin Polizeibeamte Opfer massiver Gewalt werden.

Heinz Kiefer schloss die Konferenz, indem er darauf verwies, dass der Verband schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) und die Gewerkschaft der Polizei eine Resolution im Entwurf erarbeitet haben, die bei der nächsten Sitzung des EuroCOP-Komitees verabschiedet werden soll. Sie wird der Einstieg in einen sozialen Dialog sein, denn es geht der europäischen Polizeigewerkschaft darum, mit den europäischen Institutionen die Arbeitsbedingungen der Polizeibediensteten zu diskutieren und schrittweise zu verbessern. „Europäische Politik geht niemals schnell.

Aber Schritt für Schritt sorgen wir dafür, dass die nationalen Staaten, unsere Dienstherren also, die Arbeitsbedingungen im Sinne eines umfassenden Arbeitsschutzes weiterentwickeln müssen. Wir wollen und wir werden die Nationalstaaten dazu bringen, die Gewalt gegen die Polizei wirkungsvoll zu bekämpfen und die Folgen dieser Taten im Rahmen der Fürsorgepflicht möglichst umfassend zu mildern.“, betonte EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer.

Sascha Braun

Politisch motivierte Kriminalität auf Höchststand

Stärkster Anstieg bei politisch links motivierter Kriminalität

Am 13. März legte das Bundesinnenministerium die Statistik für die politisch motivierte Kriminalität (PMK) in 2009 vor und musste gleich mit Superlativen aufwarten: Die politisch links motivierte Kriminalität hat seit Einführung des derzeit geltenden Definitions- und Erfassungssystems im Jahr 2001 sowohl bei der Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten als auch bei den politisch motivierten Gewalttaten den jeweils bislang höchste Wert erreicht.

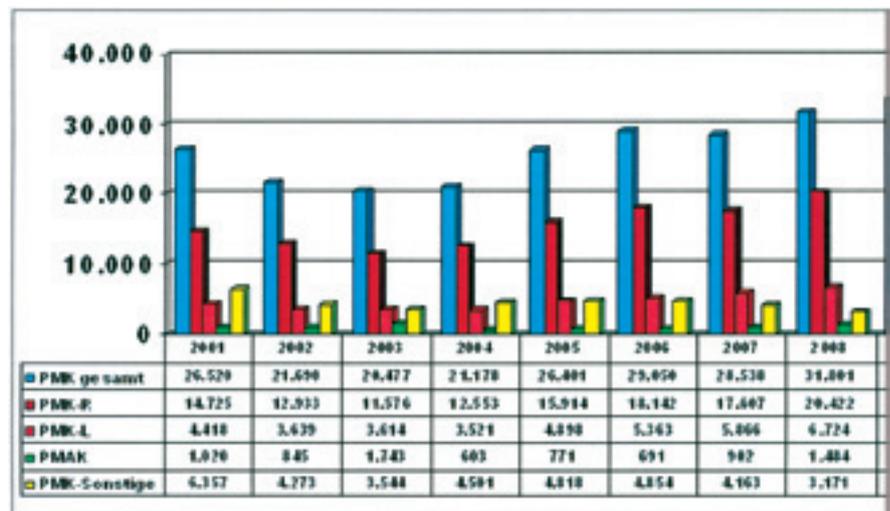
Hier die Zahlen: Insgesamt wurden in Deutschland 33.917 politisch motivierte Straftaten gemeldet – ein Anstieg gegenüber dem Jahr 2008 (31.801) um rd. 6,7 %.

Bei den politisch motivierten Gewalt-

Der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, erklärte in einer Pressemitteilung am 23. März 2010:

„Mit Sorge betrachte ich den in allen Phänomenbereichen zu beobachtenden

Betrachtet man die Entwicklung der Phänomenbereiche seit Einführung des derzeit geltenden Definitionssystems im Jahre 2001, ergibt sich für das gesamte Straftatenaufkommen:



taten ist mit insgesamt 3.044 Delikten im Vergleich zum Vorjahr (2.529) ein Anstieg um rd. 20,4 % zu verzeichnen. Ein Todesopfer ist zu verzeichnen: die zugrunde liegende Straftat wurde dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) zugeordnet.

Den höchsten Anstieg weist der Bereich der politisch motivierten Kriminalität-links (PMK-links) mit rd. 39,4 Prozent auf bei insgesamt 9.375 registrierten Straftaten, während die Fallzahlen im nach wie vor größten Phänomenbereich der PMK-rechts mit insgesamt 19.468 festgestellten Taten um rd. 4,7 Prozent leicht zurückgegangen ist.

– wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägten – Anstieg der gegen die Polizei gerichteten Straftaten. Besonders Körperverletzungen und Widerstandsdelikte gegenüber Polizeikräften haben vor allem durch Angehörige der linken Szene deutlich zugenommen. Diese Entwicklung zeigt, wie wichtig die Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten Ziels ist, strafrechtlich den Schutz von Polizeikräften gegen brutale Angriffe zu verbessern.“

Ebenfalls sei zu beobachten, so der Bundesinnenminister, dass vermehrt Personen aus einer zwar eher politisch geprägten Grundeinstellung handelten, ihre Taten jedoch auch von Vandalismus



KRIMINALITÄT

geprägt zu sein scheinen; teilweise sogar der Vandalismus im Vordergrund stehe. Dies veranschauliche vor allem der erneute sprunghafte Anstieg der Sachbeschädigungen um 41 %.

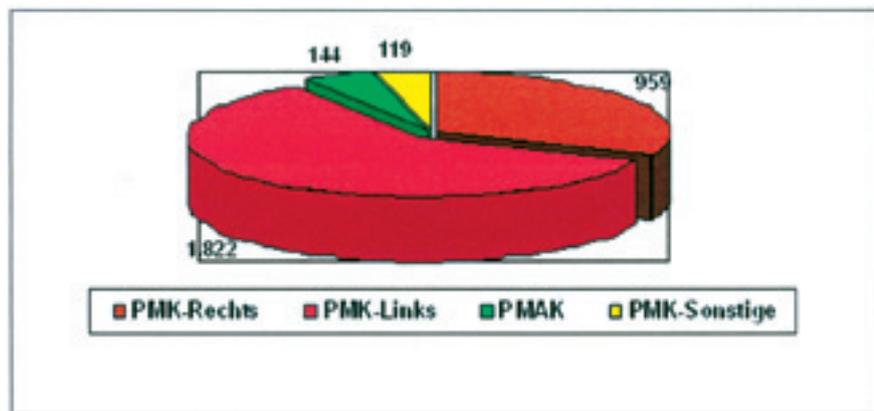
Und weiter in der Pressemeldung:

„Der stärkste Anstieg im Bereich der politisch motivierten Kriminalität-links zu verzeichnen. Hier haben vor allem die Gewaltdelikte enorm zugenommen. So wurden erstmals mehr Körperverletzungen aus politisch linker als politisch rechter Motivation begangen. Dabei richteten

der bereits angerichtete erhebliche Schaden sowohl von Teilen der Bevölkerung wie auch der Medien unterschätzt. Übersehen wird zudem regelmäßig, wie sehr solche gewalttätigen ‚Proteste‘ geeignet sein können, eventuell vorhandene bürgerliche Proteste zu diskreditieren.

Daher appelliere ich an alle Bürgerinnen und Bürger vor allem in ihrem unmittelbaren Umfeld allen gewaltbereiten Aktionen energisch entgegenzutreten und Gewalt grundsätzlich nicht zu akzeptieren – nur so kann dieses Problem langfristig gelöst werden.

Die Entwicklung des Straftatenaufkommens im Jahr 2009 für die Phänomenbereiche der (PMK-Rechts, der PMK-Links, der politisch motivierten Ausländerkriminalität (PMAK) und der politisch motivierten Kriminalität-sonstige (PMK-Sonstige):



sich diese Taten in mehr als der Hälfte der Fälle gegen Polizeikräfte – fast alle übrigen Körperverletzungsdelikte gegen Angehörige der rechten Szene. Neben Widerstandsdelikten und Landfriedensbruch haben vor allem auch Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen zugenommen. Davon waren in der Mehrzahl Privatfahrzeuge aber auch Fahrzeuge staatlicher Stellen – vornehmlich der Polizei und der Bundeswehr – sowie größerer Firmen betroffen. Der dabei angerichtete wirtschaftliche Schaden ist erheblich: So hat allein der Fall einer Brandstiftung mit 42 zerstörten Fahrzeugen der Bundeswehr einen Vermögensschaden von 3 Millionen Euro verursacht. Aber schon wegen der bei Brandstiftungen an in Wohngebieten abgestellten Fahrzeugen bestehenden Möglichkeit des Überspringens des Feuers auf Wohnhäuser und der damit verbundenen Gefahr für Leib und Leben von Menschen dürfen wir uns mit solchen Taten nicht abfinden.

Indem die gewaltbereite linke Szene ihre Aktionen mit Themen in einen Zusammenhang stellt, die auch Teile der friedliebenden Bevölkerung bewegen, wird die von ihr ausgehende Gefahr und

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität-rechts ist ein leichter Rückgang um 4,7 % zu verzeichnen. Doch darf dieser Rückgang nicht überschätzt werden. Mit 19.468 Straftaten ist immerhin der zweithöchste Wert seit 2001 zu verzeichnen; lässt man beim Vergleich der Jahreszahlen jeweils die Propagandadelikte außer Acht, so sind sogar die rechten Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % angestiegen.

Die sog. ‚Autonomen Nationalisten‘ scheinen sich weiter zu etablieren und auch die Straftaten gegen links haben zugenommen. Einen Hoffnungsschimmer gibt allerdings der deutlichere Rückgang bei den rechten Gewaltdelikten, insbesondere den Körperverletzungsdelikten. Die Brutalität der rechten Szene sowohl bei fremdenfeindlichen Angriffen wie auch in der Auseinandersetzung mit Angehörigen der linken Szene ist gleichwohl hoch, wie sich an der Zahl der körperlich Verletzten ablesen lässt, die in diesem Phänomenbereich nach wie vor am größten ist.

Die im Jahr 2009 auf hohem Niveau verbliebenen Zahlen der politisch motivierten Kriminalität-rechts und der



KRIMINALITÄT

sprunghafte Anstieg vor allem linksmotivierter Gewalt zeugen von fehlender Toleranz gegenüber Mitmenschen und mangelndem Verständnis für die Spielre-

(40,5 %). Die gesunkene Aufklärungsquote dürfte nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums vor allem auf die erneute Zunahme von Sachbeschädi-

Bezogen auf die politisch motivierten Gewalttaten haben sich gegenüber dem Jahr 2008 die Fallzahlen in den einzelnen Phänomenbereichen wie folgt verändert:

| | | | |
|--------------|-------|------------------|--------------|
| PMK-rechts | 959 | (Vorjahr: 1.113) | rd. - 13,8 % |
| PMK-links | 1.822 | (Vorjahr: 1.188) | rd. + 53,4 % |
| PMAK | 144 | (Vorjahr: 143) | rd. + 0,7 % |
| PMK-sonstige | 119 | (Vorjahr: 85) | rd. + 40,0 % |

geln, die in unserer Gesellschaftsordnung im Umgang mit anderen politischen Meinungen gelten. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus besteht uneingeschränkt fort, wie auch die hier im letzten Jahr vermehrt festzustellenden Androhungen von Straftaten in Deutschland belegen. Daher hält die Bundesregierung daran fest, rechtsextremistische, links-extremistische und islamistische Bestrebungen gleichermaßen zu bekämpfen.“

Die Aufklärungsquote aller politisch motivierten Straftaten liegt mit rd. 39,4 % leicht unter der des Vorjahres

gungen zurückzuführen sein, bei denen wegen der Art ihrer Begehung regelmäßig geringere Aufklärungsquoten erzielt werden. Im Bereich der PMK-rechts ist die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten auf 75,9 % (Vorjahr: 73,5 %) und insgesamt auf 39,7 (Vorjahr: 39,5 %) angestiegen.

GdP fordert Strafverschärfung und mehr Polizei

Die GdP zeigt sich nicht verwundert über die Zunahme der politisch motivierten Gewalttaten von links und von

rechts. „Die vorgelegten Zahlen bestätigen die leidvollen Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen im täglichen Einsatz. Seit Jahren beobachten wir eine massive Zunahme und Brutalisierung der Übergriffe auf Polizeibeamte“, so Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender.

Die GdP fordert seit geraumer Zeit einen eigenen Straftatbestand „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ im Strafgesetzbuch. Der Gesetzgeber müsse endlich Konsequenzen aus der Gewaltentwicklung gegen Polizeibeamte ziehen und auch strafrechtlich ein deutliches Zeichen setzen. Neben einer Strafverschärfung hält die GdP eine Verstärkung der polizeilichen Präsenz auch in den Brennpunkten der Ballungsräume für dringend erforderlich.

Die Personalkürzungen der letzten Jahr bei der Polizei haben zu erheblichen Sicherheitsdefiziten geführt. Dem muss entgegen gesteuert werden. Die Antwort auf diese steigende Gewalt kann nur lauten: mehr Polizei.

Weitere detaillierte Zahlen zur Entwicklung der PMK sind zu finden unter:

www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html

Tetz

AUS DEM GERICHTSSAAL

Das letzte Wort hat der Angeklagte

„I am a Neo-Nazi ...“ – unter dieser Überschrift berichtete Markus Thomas im April vergangenen Jahres in DEUTSCHE POLIZEI über seinen Einsatz im Februar 2009 in Dresden. Er schilderte anschaulich, wie die Polizei bei dem alljährlichen Gedenken an die Bombardierung der Stadt zwischen die Fronten von Rechts und Links gerät. Der erste Einsatztag endete mit zwei Widerständen und Beleidigungen. Er fand jetzt, fast ein Jahr später, seine denkwürdige Fortsetzung vor dem Dresdner Amtsgericht.

Verhandelt wird vor dem Dresdener Amtsgericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit Beleidigung und Besitz von Betäubungsmitteln vor dem Jugendschöffengericht. Der Beschuldigte ist Anfang 20.

Der Vorsitzende Richter begrüßt die zwei mitgereisten Kollegen und mich. Wir treten als Zeugen auf. Weiterhin sind der Beschuldigte und sein Rechtsanwalt, die Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshelfer des Beschuldigten, eine Sachverständige des hiesigen Uniklinikums, die Schöf-

fen, ein weiterer Beamter des Polizeigewahrsams sowie die Staatsanwaltschaft erschienen. Alle Anwesenden und deren Aufgaben sind mir durch mehrere erlebte Verhandlungen bereits gut bekannt – dachte ich.

Zunächst findet ohne die Zeugen die Befragung des Beschuldigten zum Tathergang statt. Wie wir im Laufe der Verhandlung erfahren, scheint der Beschuldigte geständig zu sein. Er räumt das mehrfache Schlagen gegen die Brust des Kollegen ein

und entschuldigt sich für die Worte „Du Spasti“.

Die weitere Verhandlungsstrategie überlässt er seinem vom Gericht bestellten Anwalt. Der Rest der Verhandlung scheint ihn offensichtlich zu langweilen. Mehrfach gähnt er genussvoll und streckt die Arme gegen Decke. Seine liegende Sitzposition korrigiert er mehrfach. Ausschlaggebend dafür dürften die strengen Blicke des Vorsitzenden sein.

Nun werde ich befragt – zuerst vom Vorsitzenden und den Schöffen. Es wird detailliert nach unserer damaligen Auftragslage sowie dem gesamten festgestellten Verhalten des Angeklagten gefragt. Ich begrüße dies, bin aber auch ein wenig verunsichert. Ich toleriere das damalige Auftreten des Angeklagten uns gegenüber in keinsten Weise, denke aber, dass hier eine milde Strafe ausgesprochen werden sollte.



Der Anwalt des Beschuldigten fragt immer wieder nach, versucht mich zu verunsichern. Er scheint ein und dieselbe Frage mehrfach zu stellen, formuliert jedoch ständig um. In leicht sarkastischer Art und Weise scheint er von unseren polizeilichen Maßnahmen amüsiert zu sein. Zu meiner Unterstützung wird er zweimal zur Ordnung durch den Vorsitzenden gerufen. Offensichtlich verfolgt die Verteidigung die Strategie, unsere getroffene Maßnahme als rechtswidrig darzustellen. Im späteren Plädoyer stellt die Verteidigung ihren Mandanten als rechtstreuen Bürger dar, der an dem Abend lediglich seinem Demonstrationsrecht nachgehen wollte. Ich frage mich, wie man im volltrunkenen Zustand etwas gesellschaftlich verändern möchte. Der Angeklagte führt u.a. für sein damaliges Verhalten ein hohes Maß an Alkohol und Drogenkonsum an – die Verteidigung beruft sich jedoch auf das Versammlungsgesetz gemäß dem Grundgesetz.

Es scheint ein langer Prozesstag zu werden. Alle Prozessbeteiligten einigen sich darauf, heute zu einem Urteil zu kommen. Weitere Beweisanträge, wie z. B. eine mögliche Vorladung des Dienst habenden Polizeiführers an jenem Abend, werden verworfen. Man geht von Seiten der Staatsanwaltschaft von der Rechtmäßigkeit der polizeilich getroffenen Maßnahmen aus.

Es kommt zur Befragung des Bewährungshelfers und der Jugendgerichtshilfe. Hier herrscht Einigkeit über den persönlichen Lebensweg des Angeklagten. Dieser ist von Traurigkeit und Versagen in der Gesellschaft gekennzeichnet. Persönlichen Halt und Liebe scheint der Angeklagte in seiner Familie nie kennen gelernt zu haben. Alle paar Monate stand ein neuer Stiefvater vor der Wohnungstür. Der Angeklagte war zunehmend zu Hause nicht mehr erwünscht und der erste Schritt in die Kleinkriminalität kam schnell. Bier, Wodka und Dope wurden zur Selbstverständlichkeit. Der Vorsitzende verliert später das Vorstrafenregister des Angeklagten. Es ist lang und überwiegend beherrscht von durchgehender Kleinkriminalität wie 15-maliges Erschleichen von Leistungen, Besitz von Betäubungsmitteln, zweimaliges Fahren ohne Fahrerlaubnis, Diebstahl, Unterschlagung und Verstoß gegen das Waffengesetz. Hinzu kommt ein zuletzt zweimaliger Alkoholexzess (über 2,2 Promille) der mit einem Aufwachen im Polizeigewahrsam endete. Bis heute wurde der Angeklagte mehrmals strafrechtlich

ermahnt. Hinzu kommen gemeinnützige Arbeitsstunden sowie zuletzt ein einmonatiger Aufenthalt in Untersuchungshaft.

Zum Tatzeitpunkt befand sich der Angeklagte innerhalb einer Bewährung von zwei Jahren. Das Urteil dürfte somit interessant werden. Offensichtlich weniger für den Angeklagten, der erneut aus seinen Träumen von seinem Anwalt gerissen werden muss.

Man prognostiziert dem Angeklagten eine schwere Kindheit und einen Lebensweg, der von Alkohol und Drogenmissbrauch bestimmt war. Man bittet um eine milde Strafe und Anwendung des Jugendstrafrechts. Die bestellte medizinische Gutachterin wird ohne Befragung entlassen. Ihr heutiges Erscheinen wirft Fragen bei mir auf.

Nach einer erneuten Prozesspause kommt die Staatsanwaltschaft zu ihrem Plädoyer. Die Kollegen und ich sind gespannt, welche Worte die Frau Staatsanwältin finden wird. Zuvor wurden wir durch ihre Nachfrage an den Bewährungshelfer, ob man den derzeitigen Lebensweg des Angeklagten nicht als „sehr, sehr, sehr positiv“ ansehen könnte, überrascht. Schließlich sei er bestrebt, die Schulausbildung nachzuholen. Hinzu komme die im letzten Jahr selbstständig gefundene und bezogene Wohnung.

Die Staatsanwaltschaft schließt sich dem zuvor dargestellten schweren Lebensweg des Angeklagten an. Das damals aufgefundene mitgeführte Haschisch wird als Lappalie zur Seite geschoben. Hohes Gericht, übrig bleibt das Schuppen oder Schlagen gegen den Beamten. Nach derzeitigem Ermittlungsstand kann zwischen Schuppen und Schlagen nicht unterschieden werden. Schließlich sei der Beamte nicht verletzt worden, was durch das Tragen seiner Schutzausstattung auch verhindert wurde – so sinngemäß die Staatsanwaltschaft.

Seltsam, ich frage mich, ob unsere schwere Schutzausstattung als Freibrief für körperliche Angriffe bestimmt ist. Ich wäre erfreut über den Verzicht unserer persönlichen kiloschweren Schutzausstattung – über das Tragen unseres Darth-Vader-artigen Helmes. Doch ständige Übergriffe von radikalen Autonomen sowie anfliegende Bierflaschen und Ähnliches machen das stundenlange Tragen unserer Schutzausstattung leider unverzichtbar.

Ich frage mich, ob die Frau Staatsanwältin sich schon mal vor körperlichen Übergriffen schützen oder übelste Beleidigungen und Unverständnis hinnehmen musste. >



Erstes vermehrtes Kopfschütteln geht im Gerichtssaal um Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und ihren Ermittlungsbeamten ist hier nicht erkennbar. Die Staatsanwältin kommt zum Ende ihres positiven Plädoyers für den Angeklagten und fordert 80 Arbeitsstunden. Kein einziges ermahnendes Wort kommt über ihre Lippen.

Die Verteidigung erhebt sich mit folgenden Worten und einem schelmischen Grinsen: „Ich habe noch nie erlebt, dass die Staatsanwaltschaft die Aufgaben der Verteidigung übernimmt. Ich schließe mich der Forderung der Staatsanwaltschaft für meinen Mandanten an.“ Ein Raunen geht durch den Saal. Wir ernten ermahnende Blicke des Vorsitzenden für unser kleines spontanes Gelächter. Passender hätte man die Leistung der Staatsanwaltschaft nicht formulieren können.

Das Schöffengericht zieht sich zur Urteilsberatung zurück. Nach einer 15 minütigen Pause erfolgt das Urteil im Namen des Volkes durch den vorsitzenden Richter: Der Angeklagte wird zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit in Höhe von 80 Stunden verurteilt. Die Bewährungszeit von zwei Jahren bleibt bestehen.

Zu unserer Freude findet schließlich der Vorsitzende die angemessenen Worte für den Angeklagten. Er zeigt Verständnis für seinen schweren Lebensweg, weist ihn aber deutlich auf das weitere Unterlassen von Straftaten hin. Es werden ihm zum ersten Mal in der Verhandlung Grenzen aufgezeigt. „Was halten Sie davon, wenn die Polizei Sie demnächst einfach volltrunken auf der Straße liegen lassen würde. Wir werden Gewalt gegen Polizeibeamte nicht hinnehmen“, höre ich den Vorsitzenden wütend in Richtung des Angeklagten sagen.

Dieser schaut verletzt zu Boden. Vielleicht ist er sich jetzt zum ersten Mal seiner derzeitigen Lebenssituation bewusst.

„Das ist Ihre letzte Chance. Ich werde Sie bei der nächsten Kleinigkeit ohne Zögern sofort wieder einsperren. Erinnern Sie sich an Ihren letzten Haftaufenthalt“, ermahnt ihn der Vorsitzende.

Wie sehr hätten wir uns diese Worte von Seiten der Staatsanwaltschaft gewünscht. Offensichtlich hat sie unsere Meinung bemerkt, zeigt sich aber völlig unbeeindruckt davon.

Wie sooft hat der Angeklagte das letzte Wort. Dieser schweigt. Könnte es zur Abwechslung nicht mal besser heißen: „Der Zeuge hat das letzte Wort?“

**Markus Thomas,
Polizeipräsident Essen**

Das Fernsehen, die Angst und die Polizei als Retter

Wie wirklich ist die Medienwirklichkeit?

Wie das Fernsehen über kriminelle Gewalt berichtet, hat wenig mit der Kriminalstatistik zu tun, umso mehr damit, was hohe Quoten verspricht. Die Polizei wird von Fernsehschaffenden weithin positiv gesehen.

Wenn das Fernsehen die Polizei begleitet, geht es zur Sache. Ein Kamerateam des Privatsenders Sat.1 begleitet zwei junge Beamte in Berlin-Kreuzberg. „Hier im Abschnitt 53 gibt es die meisten Einsätze in der Hauptstadt, und das heißt für die Beamten immer volles Programm“, verheißt der Sender Dramatik. „Ohne Waffen und Schutzwesten gehen die Cops niemals auf die Straße.“ Und schon brechen die Beamten mit Blaulicht zum Kreuzberger Hafenplatz auf, der als sozialer Brennpunkt gilt, um eine Schlägerei zu schlichten – mit entsicherter Dienstwaffe, wie beim Fernsehkrimi. Und tatsächlich folgt die Fernsehberichterstattung über Gewaltkriminalität ähnlichen Mustern wie das TV-Drama: Gezeigt wird nicht, was alltäglich oder typisch ist, sondern das Außergewöhnliche und Abseitige. Um eine Frage des berühmten Psychologen Paul Watzlawick aufzugreifen: Wie wirklich also ist die Medienwirklichkeit?

Medientrends gegen Statistik

Wie wenig Medientrends mit amtlichen Statistiken zu erklären sind, weist der amerikanische Soziologe Mark Fishman bereits Ende der 70er Jahre nach. Fishman analysiert die sprunghafte Zunahme der Berichterstattung über Kriminalität gegen Ältere im Herbst 1976 in New York. Er spricht von einer Kriminalitätswelle, die im Grunde eine Welle des berichteten Verbrechens ist. Denn während die mediale Aufregung in diesem Jahr stetig wuchs, gab es keineswegs Befunde für eine Zunahme dieser Art von Verbrechen – im Gegenteil: Die Zahl der polizeilich gemeldeten Delikte ging zeitgleich zurück.

Wie wenig die Gewichtung von Kriminalität als Nachrichtenthema von statistischer Logik abhängt, zeigt auch der Boom an Berichterstattung über Gewaltkriminalität in den USA Anfang bis Mitte der 90er Jahre. Die Hauptnachrichten der drei US-weiten Fernsehsender ABC, CBS und NBC vervierfachten die Zahl

ihrer Beiträge über Verbrechen – während die Gewaltkriminalität nach polizeilicher Erkenntnis landesweit abnahm. Ein Phänomen, das Tradition hat: Bereits 1931 beschreibt der New Yorker Reporter Lincoln Steffens, wie er eine Welle der Berichterstattung über Einbrüche in der US-Metropole auslöste. Der Hintergrund war auch hier nicht etwa eine Zunahme der Delikte, sondern ein eher sportlicher Wettkampf mit einem Rivalen um Schlagzeilen und Auflagen.

Das Außergewöhnliche, nicht das Typische

Die Nachricht ist das, was sich unterscheidet, lautet eine journalistische Faustregel, und damit spielen statistische Maße kaum eine Rolle in der Berichterstattung. Denn das Außergewöhnliche ist in der Regel eben nicht häufig, und das Typische nicht berichtenswert. Daher berichtet das Fernsehen kaum über Einbrüche oder alltägliche Schlägereien und schon gar nicht über den rechtstreuen Alltag, sondern bevorzugt über schwere und seltene Straftaten. Eine Vollerhebung der Abendnachrichten von ARD, ZDF, RTL und Sat.1 im Jahre 2007 ergab beispielsweise, dass mehr als 40 Prozent aller Berichte über Kriminalität von Tötungsdelikten handelten. Sie machten im selben Jahr laut Polizeilicher Kriminalstatistik lediglich 0,01 Prozent der gesamten polizeilich bekannt gewordenen Kriminalität aus (vollendete, nicht fahrlässig oder im Straßenverkehr begangene Tötungsdelikte).

Für den einzelnen ist das statistische Risiko, Opfer tödlicher Gewalt zu werden, extrem gering, und dennoch findet sie höchste mediale Aufmerksamkeit. Wie kann dies sein, obwohl Journalistinnen und Journalisten bei einer Online-Befragung den Nachrichtenfaktor Reichweite als wichtigstes Kriterium ihrer Nachrichtenauswahl nannten? Offenbar ist Reichweite zwar bedeutsam, aber vor allem im Sinne von gefühlter Bedrohung. Mögli-





Dr. Thomas Hestermann ist Fernsehjournalist und Medienwissenschaftler. Am Kriminologischen Forschungsinstitut hat er journalistische Motive und Strukturen der aktuellen Fernsehberichterstattung über Gewaltverbrechen untersucht. Vorab dokumentieren wir einige der Ergebnisse, die in Kürze erscheinen.

cherweise also diktiert nicht die Statistik, sondern das Ausmaß der (vermuteten) Ängste des Publikums die journalistischen Auswahl- und Thematisierungsstrategien.

Orientierung am Publikum

Die Beweggründe zu erforschen, die hinter journalistischen Entscheidungen zur Beachtung von krimineller Gewalt stehen, war Ziel eines Forschungsprojektes am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Fernsehschaffende vom Reporter bis zur Redaktionsleiterin, die für Nachrichten und Boulevardmagazine von RTL explosiv bis zur Tagesschau tätig sind, legten in ausführlichen Interviews ihre Motive und ihre Muster der Wahrnehmung und Berichterstattung dar. Ihre Angaben wurden mit den Ergebnissen einer Analyse von Beiträgen über Gewaltkriminalität aus vier Fernsehprogrammwochen verglichen. Wesentliches Fazit: Im Mittelpunkt steht das vermutete Publikumsinteresse.

Die gefühlte Kriminalität bestimmt, wie berichtet wird. Lediglich bei den öffentlich-rechtlichen Nachrichten werden eigenständig Qualitätsansprüche verfolgt, auch wenn damit Quoteneinbrüche drohen – „kleiner Spagat“, wie

eine Nachrichtenredakteurin einräumt. Vor allem geht es darum, Angst um sich selbst und nahe stehende Menschen zu schüren und Mitleid mit den Opfern zu wecken. Nicht die Zahlen der Polizei oder der Kriminologie sind entscheidend, sondern die Zahlen der Sehbeteiligung. So ist die explosionsartig gestiegene Berichterstattung über Sexualmorde an Kindern allein durch die hohe Anteilnahme des Fernsehpublikums zu erklären, während diese extrem seltenen Delikte im Langzeitvergleich weiter zurückgegangen sind. „Ich bediene nur einen Markt“, erklärte dazu ein Reporter. Wer sich der medialen Aufregungsmaschinerie verweigere, weil er keine grundlosen Ängste schüren wolle, würde in den Redaktionen ausgelacht.

Im Mittelpunkt steht das – idealisierte – Opfer

Die Darstellung eines kriminellen Gewaltgeschehens und der beteiligten Personen muss aus journalistischer Sicht



Boris Aljinovic (li.) und Dominic Raacke sind in den „Tatort“-Produktionen des Rundfunk Berlin-Brandenburg als Kommissare Felix Stark und Till Ritter zu sehen. Sendetermin im ARD: 2. Mai 2010
Foto: © rbb/Hans-Joachim Pfeiffer

eindeutig sein. Diese Eindeutigkeit bezieht sich vor allem auf das Opfer, das als sympathisch, schwach und unschuldig idealisiert wird. Weibliche und deutsche Opfer werden bevorzugt dargestellt. Als idealtypische Opfer gelten Kinder. 41,9 Prozent aller Opfer, deren Alter sich aus den untersuchten Fernsehbeiträgen erschließen lässt, sind Kinder. Besonders auffällig ist die Abweichung zwischen der jeweiligen Altersverteilung in der Berichterstattung und in der Polizeistatistik. Bei gleicher Fallzahl polizeibekannter Gewaltdelikte wird über Kinder zwischen 6 und 13 Jahren 43-mal so oft berichtet wie über Gewaltopfer älter als 60 Jahre.

Der Anteil weiblicher Opfer an den analysierten Fernsehbeiträgen beträgt, soweit das Geschlecht bekannt ist, 66,0 Prozent. Damit ist dieser Anteil andert-halb so hoch als es den polizeilichen Daten zu den berichteten Delikten entsprechen würde. Das weibliche Opfer steht offenbar für ein Klischee von Wehrlosigkeit und Schwäche, durch den zugleich das Gegenbild eher männlicher Tätermacht aufgeladen wird. Dieses Bild der unschuldigen und wehrlosen Jungfrau, die dem Meuchelmörder zum Opfer fällt, erinnert an Balladen des 19. Jahrhunderts.

Die Polizei als Retter

Die Furcht des Publikums vor dem Verbrechen ist von zentraler Bedeutung für Fernseherschaffende, wenn sie über kriminelle Gewalt berichten. Dennoch – verstören wollen sie ihr Publikum nicht. Die Furcht bedarf ihrer Auflösung, um das Publikum nicht nachhaltig zu belasten und wieder Offenheit zu schaffen für neue Aufregung. „Wir müssen den Zuschau-

er am Ende versöhnlich hinauslassen“, schilderte ein Fernsehredakteur in einem der Forschungsinterviews, „damit er nicht die Lust am Leben verliert. Der muss morgen wieder einschalten.“

Dies geschieht vielfach durch ein Kontrastprogramm, wenn es nach dem blutigen Mord um die Traumhochzeit geht, wie auch durch die versöhnliche Wendung innerhalb eines Beitrags, wenn etwa der Gewalttäter abgeführt wird. Dies dient der Selbstvergewisserung der Zuschauenden, der Gewalt noch einmal entronnen zu sein. Wichtig ist, dass der Täter oder die Täterin aus dem Dunkel vertrieben und schließlich gefasst werden. Eine wesentliche Rolle spielt dabei, Polizei und Justiz als letztlich machtvoller als die Gewalt zu erleben.

Hierbei verbindet sich das journalistische Interesse an einem guten Ende mit dem Drang nach polizeilicher Selbstdarstellung. „Das ist ein sehr bigottes System“, kritisiert ein Magazinredakteur, wenn die Polizei ganz bewusst einen festgenommenen Verdächtigen an den Journalisten vorbeiführe, „um denen den Abschluss zu ermöglichen, weil man Fahndungserfolge präsentieren will“.

Medienprofis sehen sich kaum als Kontrolleure der Polizei

Zuweilen wird den Programmverantwortlichen angelastet, sie würden inhaltliche Ziele und damit eine „mediale Kriminalpolitik“ verfolgen, indem sie Verbrechensfurcht schürten und damit versuchten, Einfluss auf Politik, Polizei, Justiz und die Öffentlichkeit nehmen. Tatsächliche aber äußern die Befragten aller Sender und Formate, dass eine Ein-

flussnahme auf ihr Publikum und die Gesellschaft für sie kein vorrangiges Ziel ist. Erzieherische Absichten gelten als unjournalistisch.

Und so sieht es auch keiner der Befragten als ein wesentliches Motiv in der Berichterstattung über Kriminalität an, mögliche Fahndungspannen oder sonstige polizeiliche Versäumnisse in den Blick zu nehmen – die gelten als schwer aufzudecken, erst recht im tagesaktuellen Betrieb, in dem meist Allround-Journalisten den Profis der Polizeipressestellen gegenüberstehen. Denn anders als bei Tageszeitungen ist im aktuellen Fernsehjournalismus kaum ein Journalist auf Kriminalität spezialisiert, „macht Blaulicht“, wie es im Branchenjargon heißt.

Mit ihrer Berichterstattung auf die Arbeit der Polizei einzuwirken, wird von den Befragten durchweg als abwegig bezeichnet. Zwar äußern sich einige kritisch über Ermittlungspannen oder sonstige Versäumnisse der Polizei. Dennoch wird eine kritische Begleitung der Polizei oder gar eine Einflussnahme für praktisch unmöglich gehalten. „Auf die Arbeit der Ermittler haben wir keine Wirkung“, sagt der Redakteur eines öffentlich-rechtlichen Senders. „Da machen wir uns überhaupt keine Illusion.“ Auch zu einer gezielten Einflussnahme auf die Justiz bekennt sich keiner der Befragten. Sie verfügten nicht über ausreichendes Recherchewissen, um Verfahrens- oder Rechtsmängel erkennen und daraus eine Kritik ableiten zu können.

Ebenso wenig wollen die Befragten ihrem Bekunden nach mit der Fernsehberichterstattung über Gewaltkriminalität auf die Politik im Allgemeinen oder auf Gesetzgebungsverfahren im Besonderen Einfluss zu nehmen. Strategien, mit bestimmten Inhalten und Formen politisch etwas zu verändern, gelten als aussichtslos. „Ich kann mit so einer Sendung Menschen erreichen“, sagt einer der befragten Redakteure, „aber ich kann politisch nichts erreichen.“

Nutzwert steht im Hintergrund

Auch ob es zumindest möglich sei, auf die Bevölkerung einzuwirken, um Einstellungen und Verhalten zu verändern und damit Gewalttaten zu verhindern, wird skeptisch gesehen. Gleichwohl gilt die Verbrechensverhütung als willkommener Nebenbei-Effekt. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise vom Gebrauchswert von Nachrichten als „news to use“ die Rede. Ein möglicher Gebrauchswert kann darin liegen, dass Zuschauende sich



selbst und andere aufgrund der Berichterstattung besser schützen und Risikoverhalten vermeiden. Die Befragten räumen allerdings ein, dass dieser Nutzen in der Kriminalitätsberichterstattung kaum eine Rolle spielt.

„Der Gebrauchswert rückt immer in den Hintergrund“, sagt der Redakteur eines Privatsenders. „Das ist eher ein Feigenblättchen. Also de facto ist es einfach die Geschichte, wo die Leute stehen bleiben, hingucken und sagen, huh, um Himmelswillen.“

Dr. Thomas Hestermann

Hestermann, Thomas (2010): Fernsehgewalt und die Einschaltquote: Welches Publikumbild Fernsehschaffende leitet, wenn sie über Gewaltkriminalität berichten. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

ANKÜNDIGUNG

**3. GdP-Arbeitsschutzsymposium:
Gesundheitsförderung**

Am 11. und 12. Mai 2010 veranstaltet die GdP zum dritten Mal in Potsdam ein Arbeitsschutzsymposium. Zentrales Thema wird in diesem Jahr die betriebliche Gesundheitsförderung sein. Die GdP will eine Bestandsaufnahme durchführen und in mehreren Arbeitsgruppen Lösungsansätze für eine einheitliche Verfahrensweise in der Polizei herausarbeiten. Dabei kommen sowohl die psychischen, wie die rein physischen Belastungen auf den Prüfstand.

In einer weiteren Arbeitsgruppe will sich die GdP dem Thema Suizid in der Polizei nähern. Neben einer Bestandsaufnahme ist es, ein Präventionskonzept zu schaffen, wie es in einigen Ländern Deutschlands bereits Erfolg versprechend praktiziert wird.

Gastvorträge am zweiten Veranstaltungstag werden sich mit nichtionisierender Strahlung, wie sie z.B. von digitalen Funkgeräten emittiert wird, befassen und mit Ultrafeinstäuben, die aus unterschiedlichen Quellen auf die Beschäftigten einwirken.

Die Landesbezirke und Bezirke der GdP entsenden rund einhundert Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Arbeitsschutzsymposium der GdP die anstehenden Themen diskutieren.

hjm

**Strategien gefragt –
von Arbeitsverdichtung
bis Überlastung**

Gesundheitsmanagement für die Beschäftigten in der Polizei, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mitbestimmung bei Auslandseinsätzen der deutschen Polizei und die Vorbereitung von Großsätzen und -lagen beschäftigten die Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte auf einer Konferenz des Bundesvorstandes der GdP am 12. und 13. April 2010 in Potsdam.

Mit dem Begriff Gesundheitsmanagement ist wohl kaum jemand richtig glücklich. Er wirkt distanziert und wenig konkret fassbar. Und doch ist die Sorge um die Gesundheit der Kolleginnen und

cheneneinsätzen mit am weitesten von allen Berufsgruppen entfernt, stellten die Teilnehmer uni sono fest. Aus der erschreckenden personalrätlichen Bilanz auf diesem Gebiet ragen Rheinland-Pfalz und Bremen mit ihren Regelungen geradezu als Inselösungen heraus. Offenbar ist vielerorts das Thema insgesamt noch nicht in den Führungsköpfen angekommen. Eine Aufgabe also, der sich die Personalräte in nächster Zeit mit Vehemenz zuwenden sollten.

Ein weiteres wichtiges Thema, dem sich die Personalräte mit großer Ernsthaftigkeit widmeten,

sind die Auslandseinsätze unserer Kolleginnen und Kollegen. Hier geht es darum, eine einheitliche Strategie zu erarbeiten und zu vereinbaren, die alle Facetten solcher Einsätze einheitlich regelt.

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg mahnte in seiner Ansprache angesichts der durch die Finanzsituation der Länder für den öffentlichen Dienst drohenden Personaleinsparungen eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie an, um weitere Überbelastungen und Arbeitsverdichtungen bei der Polizei abzuwenden: „Die Föderalismusreform begünstigt das Prinzip ‚teile und herrsche‘. Dem muss die Schlagkraft der Gesamtorganisation entgegengestellt werden.“

red.



Die GdP-Personalräte berieten Strategien gegen Arbeitsverdichtung und Überlastung bei der Polizei.
Foto: Holecsek

Kollegen eine Kernaufgabe für Personalräte – nicht nur weil die Lebensarbeitszeit länger wird und die Arbeitsverdichtung immer weiter zunimmt, sondern auch, weil der Reformeifer im polizeilichen Bereich oft Neuorganisationen mit sich bringt, die dem Einzelnen nicht förderlich sind.

Jörg Radek, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP u. a. zuständig für Personalvertretungsrecht und Hauptpersonalräte wies auf die bereits durch Studien belegbare steigende Zahl von Krankheitsfällen durch die vom Personalabbau verursachten Überbelastungen hin.

Von einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei die Polizei aufgrund der Schichtarbeit und zunehmenden Wo-



Der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Strategie

Personalräte sorgen für Interessenausgleich und Transparenz in der Dienststelle. Mit dem Deutschen Personalrätepreis möchte Jurymitglied Jörg Radek vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei dieses Engagement honorieren.

Betriebe mit Betriebsrat sind wettbewerbsfähiger und innovativer. Gilt diese Aussage auch für öffentliche Verwaltungen mit und ohne Personalräte?

Auch der öffentliche Dienst arbeitet heute nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Da ist Mitbestimmung eine Garantie für Kontinuität und Stabilität. Gut funktionierende Personalräte bilden den sozialen Kitt zwischen den Beschäftigten. Sie gleichen unterschiedliche Interessen ab und treten dann der Dienststellenleitung gegenüber geschlossen auf.



Jörg Radek, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP u. a. zuständig für Personalvertretungsrecht und Hauptpersonalräte

Das ist ein Wert, den viele Dienststellen zu schätzen wissen.

Aber viele Personalräte klagen darüber, dass sie bei der Behördenleitung kaum Gehör finden. Fehlt es nicht vielerorts an Wertschätzung?

Die Wertschätzung für Personalräte war schon mal stärker ausgeprägt. Das hat unter anderem etwas mit der Führungskultur zu tun. Führungskräfte, die ihre Funktion nur als Karrierebaustein sehen, betrachten auch die Beteiligung der Personalräte nur unter formalen Gesichtspunkten. Sie versuchen weder, zum Personalrat noch zu den Beschäftigten ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen. Es gibt zwar kein Beteiligungsdefizit, aber Einwände werden häufig genug nicht ernst genommen.

Was kann da der Deutsche Personalrätepreis ausrichten?

Mit den Personalräten beweisen die

Gewerkschaften, wie stark sie im Alltag verwurzelt sind und wie dicht sie an den Menschen dran sind. Wir sind nicht nur eine politische Einflussgröße, sondern unsere Personalräte bilden ein Netzwerk. Während viele Dienststellen es an Strategien mangeln lassen, können wir uns untereinander austauschen und gegenseitig von Erfahrungen profitieren. Dazu dient auch der deutsche Personalrätepreis.

Mit welchen Themen befassen sich Personalräte vorrangig?

Seit Jahren dominiert die Mangelverwaltung der leeren Kassen, ob bei Beförderungen, der Umsetzung von Gesundheitsprojekten oder in anderen Fragen. Mit den Hauptpersonalräten haben wir eine politische Ebene, die über Rahmenrichtlinien verhandelt und darüber Vereinbarungen schließt. Die örtlichen Personalräte füllen diesen Rahmen aus und müssen zusehen, wie sie mit den vorhandenen Mitteln etwas für die Beschäftigten erreichen. Diese Arbeit vor Ort wird unterschätzt.

Wenn ein Personalrat Mängel verwaltet, kann es passieren, dass er für die Mängel in Haftung genommen wird. Wie ist das zu verhindern?

Da gilt das alte Wort „zum Wohle der Dienststelle“. Das hat zwei Seiten, die Verantwortung der Dienststellenleitung und die Verantwortung des Personalrats. Dieser hat sich in der Vergangenheit häufig mit dem Label „Co-Manager“ konfrontiert gesehen. Doch heute sind sich die Personalräte sehr wohl ihrer Aufgabe bewusst, den Interessenausgleich herzustellen und für Transparenz zu sorgen. Gerade bei knappen Kassen wollen Beschäftigte wissen, warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden und wie der Entscheidungsprozess läuft.

Was sind die großen Themen für die Personalräte?

Das wichtigste Thema überhaupt, das sich durch die gesamte Arbeit zieht, ist, dass der Personalrat den Menschen in den

Mittelpunkt stellt und nicht die Strategien. Vor allem örtliche Personalräte müssen ein Gespür für die Situation der Beschäftigten entwickeln. Ein Beispiel: Gilt die Einführung neuer Technik immer noch als Allheilmittel, um die Arbeitsleistung zu verbessern, oder wird damit nicht auch die Arbeit verdichtet? Wenn das der Fall ist, mit welchen kreativen Ideen kann der örtliche Personalrat die Beschäftigten schützen?

Warum sollte sich ein Personalrat am Deutschen Personalrätepreis beteiligen?

Der Deutsche Personalrätepreis ist Ausdruck der Selbstbestimmung in der öffentlichen Verwaltung. Bei Personalratswahlen gilt, je höher die Wahlbeteiligung, desto deutlicher wird für die Dienststelle, dass die Beschäftigten ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen. Die gleiche Botschaft kann der Personalrätepreis vermitteln, nämlich: Wir, die Personalräte, sind demokratisch legitimiert und machen eine gute Arbeit. Der Preis honoriert dieses Engagement.

Mit freundlicher Genehmigung des PersonalratInfo

Die Zeitschrift Der Personalrat lobt 2010 erstmals den Deutschen Personalräte-Preis aus. Unter dem Motto »Innovative Personalratsarbeit auch in schwierigen Zeiten« werden Initiativen und Projekte ausgezeichnet, die beispielhaft sind für den Einsatz von Personalräten, wenn es etwa um die Bewältigung von Krisen oder das Erhalten und Schaffen von vollwertigen

**DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2010**

Arbeitsplätzen geht. Die HUK-COBURG, größte Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst, lobt einen Sonderpreis aus.

Personalräte sind herzlich eingeladen, sich am Deutschen Personalräte-Preis 2010 zu beteiligen. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2010. Die nicht dotierten Preise werden beim Schöneberger Forum des DGB am 9. November 2010 in Berlin verliehen.

www.deutscher-personalraete-preis.de



Was Frauen sollen

Bundesregierung ehrt Kriminalbeamtin Christine Klein für ihr Engagement in Politik und Gesellschaft

Was sie zu sagen hat, sagt die dynamische Frau selbst, ob am Arbeitsplatz, in der Kommunalpolitik oder im Ehrenamt. Frauen müssen ihre Anliegen selbst formulieren und vorbringen. Das ist Christine Kleins Lehre aus mehr als 30 Jahren Engagement für Chancengleichheit bei der hessischen Polizei und als Kommunalpolitikerin in der SPD. Das will sie anderen vermitteln, und das trug ihr 2009 einen Preis ein: Als einzige Hessin unter den 15 ausgezeichneten Frauen erhielt sie den Helene-Weber-Preis der Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) würdigte die Kriminalbeamtin bei der Verleihung in Berlin „als leuchtendes Vorbild, das Mut macht, aktiv zu werden“.



Kriminalbeamtin Christine Klein erhielt den Helene-Weber-Preis.

Foto: Barbara Haas

Frauen bräuchten Vorbilder, meint Christine Klein. Damit sie sich trauen, ihre Belange offensiv zu vertreten. Hierin möchte die 55-Jährige vor allem ihren Töchtern und ihrem Sohn ein Beispiel sein. „Ich will nicht durch das Sprachrohr Mann reden“, formuliert sie offen und direkt. Gerade in politischen Gremien werde die weibliche Sicht oft von Männern dargestellt, weil Frauen dort unterrepräsentiert seien. Ihre Argumente kämen verwässert oder gar nicht an, stellt die Stadtverordnete fest. „Deswegen ist es so wichtig, dass nicht nur eine da sitzt“, betont die Sozialdemokratin, die drei Jahre die Fraktion in Bensheim anführte und bei

der Wahl 2008 für das Bürgermeisteramt kandidierte.

Kollegen wollten sie nicht mitnehmen

Eigene Vorbilder nennt sie nicht. Zum Teil gab es nicht einmal Frauen in der Polizei. „In den siebziger Jahren hatten Frauen bei der Schutzpolizei noch Berufsverbot“, erinnert sich Klein an ihre Anfänge. „In der Kriminalpolizei waren Frauen mit allen Rechten und Pflichten noch eine Ausnahme.“ Kollegen wollten sie nicht mit zu Einsätzen nehmen. „Viel zu gefährlich“, hieß es. Nur bei Verneh-

mungen von Opfern oder Zeugen sollten die Polizistinnen dabei sein.

Klein wollte Gleichbehandlung und begann, sich dafür einzusetzen. Weder aus feministischer Überzeugung noch, weil sie eine Verfechterin der Emanzipation gewesen wäre. Sie fühlte sich schlichtweg benachteiligt. „Ich bin zur Polizei gegangen, um Polizistin zu sein, so wie wir das in der Ausbildung gelernt hatten“, erklärt die Diplom-Verwaltungswirtin mit Nachdruck.

Klein war 1974 nach dem Abitur mit 19 Jahren zur Polizei gekommen. Nach der Geburt dreier Kinder unterbrach sie für sechs Jahre ihre Berufstätigkeit. Die Frage, ob sie sich die Erziehungszeit mit ihrem Mann teilen würde, stellte sich für sie nicht: „Ich bin traditionell erzogen.



Für mich war klar: mein Mann ist der Versorger.“ 1987 kehrte die Beamtin in die Abteilung Fahrzeugeinbruch bei der Polizeidirektion Heppenheim zurück –

Der Preis

Mit dem Helene-Weber-Preis möchte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik fördern. Die Auszeichnung ist benannt nach Helene Weber, einer der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Weber war Mitglied im Grundsatzausschuss und eine der vier Frauen im Präsidium des Parlamentarischen Rates, die im Grundgesetz die Basis für die Gleichberechtigung von Frauen schufen.

Helene Weber wurde 1881 in Elberfeld (heute Wuppertal) geboren. Die ausgebildete Volksschullehrerin trat 1911 dem Frauenstimmrechtsverein bei und wurde 1919 in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Sie vertrat neun Jahre lang die Zentrumsparlei im Reichstag, nach der Gründung der Bundesrepublik war sie von 1949 bis 1962 Bundestagsabgeordnete der CDU. Helene Weber starb 1962 in Bonn.

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der deutschen Verfassung wurde der Preis am 5. Mai 2009 erstmals verliehen. Er soll alle zwei bis drei Jahre vergeben werden, das nächste Mal voraussichtlich 2011.

Die Preisträgerinnen erhalten eine Urkunde sowie ein Coaching der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft. Das Coaching besteht aus einem mehrtägigen Workshop in Berlin. Er soll den Teilnehmerinnen Rüstzeug für ihren weiteren politischen, beruflichen und persönlichen Weg vermitteln und sie dazu anregen, Netzwerke untereinander zu bilden.

und stand wieder vor einem Problem. „Es war schwierig, eine Teilzeitstelle zu bekommen. Ich musste erstmal Vollzeit anfangen.“ Als es dann um den Aufstieg ging, sollten plötzlich jüngere Kollegen mit weniger Dienstzeit befördert werden. In diesem Moment habe sie erstmals bewusst frauenpolitisch gedacht, erinnert sich Klein. Laut dem im selben Jahr erlassenen Frauenförderplan durften Kinder-

erziehungszeiten beruflich kein Nachteil sein. „Ich bin zur Frauenbeauftragten und habe meine Beförderung durchgekämpft“, erzählt die Polizistin, die Mitglied der GdP ist. Die Kollegen waren sauer. Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein.

1993 wurde Klein Frauenbeauftragte der Polizei. „Ich hatte die Dienststellen gegen mich, ich hatte die Personalräte gegen mich, und ich hatte Teile des Personals gegen mich“, zählt sie auf. Weil sie sich dafür einsetzte, dass qualifizierte Frauen bei der Einstellung und Beförderung bevorzugt werden. Das ist so im Gleichberechtigungsgesetz verankert. Sollte die Polizei etwa gegen ein Gesetz verstoßen?

Es ging ihr ums Prinzip von Eignung, Leistung, Befähigung – nicht nur wegen der Frauenquote und zum Vorteil der weiblichen Beschäftigten. „Wenn ich bei Frauen Ausnahmen zulasse und schlechter qualifizierte befördere, müsste ich das doch auch bei Männern machen“, gibt sie zu bedenken.

Einmal frauenpolitisch – immer frauenpolitisch

Aus heutiger Sicht würde sie die Themen jedoch anders anpacken. „Ich habe Wände eingerissen“, bekennt Klein selbstkritisch, aber es klingt nicht nach Reue. Sie streitet weiter im Interesse der Frauen, wenn auch nicht mehr hauptberuflich. „Wenn man einmal anfängt frauenpolitisch zu arbeiten, ist man immer frauenpolitisch. Das ist Teil von mir geworden.“

Heute leitet Christine Klein die regionale Geschäftsstelle des „Netzwerks gegen Gewalt“ im Polizeipräsidium Südhessen. Der Verbund unterstützt Initiativen zur Gewaltprävention und berät Projekte für Jugendliche, die aggressives Verhalten, Schlägereien und Straftaten verhindern sollen. Schulen, Vereine, Institutionen und die Polizei arbeiten in dem Netzwerk zusammen, das 2002 auf Beschluss der Landesregierung entstand.

Ehrenamtlich ist Klein seit sieben Jahren Vorsitzende des Vereins Frauenhaus Bergstraße und verantwortlich für vier Mitarbeiterinnen und eine Einrichtung mit 32 Plätzen. Von 1997 bis 2000 arbeitete sie im Sozialministerium und war Sprecherin des Arbeitskreises „Frauenbeauftragte der hessischen Polizei“. Darüber hinaus engagierte sie sich als Vorsitzende des Europäischen Netzwerks von Polizeibeamtinnen deutschlandweit für Chancengleichheit in der Polizei.

Rückblickend auf ihre Arbeit sagt sie: „Es liegen Welten zwischen heute und den vergangenen 30 Jahren. Damals hat

man noch um Kleinigkeiten gekämpft.“ Zum Beispiel darum, dass sie nicht jeden Tag um Punkt 7.30 Uhr bei der Dienstbesprechung sein musste, weil um diese Zeit noch kein Kindergarten geöffnet hatte. „Ich habe gelernt, dass es seine Zeit braucht, das starre System Polizei zu verändern. Heute sind ganz andere Prozesse in Gang gekommen.“ Frauen seien überall in der Polizei vertreten, sagt die frühere Frauenbeauftragte und nennt als weitere Veränderungen flexible Arbeitszeiten, Personalberatung und -entwicklung und einen erweiterten psychologischen Dienst.

Alte Reizthemen sind jedoch geblieben. Sprache ist zum Beispiel eines. „Wenn Frauen in der Sprache nicht vorkommen, sind Frauen auch nicht im Kopf“, begründet Klein, warum sie auf die weibliche und die männliche Form achtet. Auch bei manchem Witz versteht sie keinen Spaß mehr. „Da werd ich kiebig.“ Ihr Mann habe sie sogar schon männerfeindlich gefunden, erzählt sie und muss laut lachen.

Der Helene-Weber-Preis hat sie wieder ein bisschen mit sich selbst versöhnt. Er habe ihr gezeigt: „So verkehrt hab ich’s gar nicht gemacht.“ Klein freute sich „unheimlich“, als sie an einem sonnigen Freitagnachmittag in ihrem Darmstädter Büro den Anruf aus dem Ministerium erhielt. Zum ersten Mal habe sie eine offizielle Anerkennung erfahren. „Die Jury hat hier jahrelanges ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement in vielen verschiedenen Bereichen, insbesondere das kommunalpolitische Wirken von Christine Klein, gewürdigt“, sagt die Bergstraßeer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht. Die SPD-Politikerin hatte Christine Klein für die Auszeichnung vorgeschlagen.

Die Geehrte hat „nie einen Gedanken daran verschwendet, dass ich mal was dafür kriegen würde“. Schließlich sei sie keine Trophäensammlerin. „Ich finde, es gehört zum sozialen Leben dazu, dass man sich engagiert“, lautet ihre Erklärung für ihren Ansporn. Viel Zeit für ihren Garten, das Hobby Bildhauern oder Kinobesuche bleibt bei all den Aufgaben nicht. Freie Wochenenden sind selten. Doch Kraft und Motivation schöpft sie größtenteils aus ihrer Verantwortung. Klein empfindet die Begegnung mit interessanten Männern und Frauen wie den Trägerinnen des Helene-Weber-Preises und die vielfältigen Erfahrungen als Bereicherung und Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. „Das hält den Geist wach, und ich bin offen für neue Dinge.“ Hinter allem steht jedoch ihre Überzeugung: „Wenn mir was nicht passt, muss ich daran arbeiten, es zu verändern.“

Barbara Haas



Schlafen für die Forschung

GdP unterstützt Forschungsvorhaben der BDBOS zu möglichen gesundheitsschädlichen Auswirkungen der TETRA-Strahlung

Fast zum gleichen Zeitpunkt, in dem sich die GdP vor einigen Jahren für die aus sicherheitstechnischen Gründen dringend notwendige Einführung des Digitalfunks in der Deutschen Polizei ausgesprochen hatte, regten sich erste Mahner mit Hinweisen auf mögliche Gefahren, die durch Strahlung ausgelöst werden könnten.

Verstärkt durch die Diskussion um die angebliche (oder mögliche) Gefährlichkeit der Handy-Funknetze (sowohl was die Infrastruktur der Sendeanlagen als auch die Endgeräte betrifft), weitete sich diese Diskussion auch auf die wichtigen polizeilichen Führungs- und Einsatzmittel aus.

Um zwischen den Meinungen von Nichtwissenschaftlern mit ausgeprägtem „Bauchgefühl“, Indizien und tatsächlich nachweisbaren Ergebnissen unterscheiden zu können, hat die BOBOS Anfang des Jahres mitgeteilt, dass kurzfristig zwei neue Forschungsvorhaben ins Leben gerufen wurden. Eines davon ist technischer Natur. Bei dem anderen Vorhaben sollen Kandidaten, die mit TETRA-Systemen arbeiten, über vier Jahre untersucht werden sollen.

Es nennt sich genau „Probandenstudie zur Untersuchung des Einflusses der für TETRA genutzten Signalcharakteristik auf kognitive Funktionen“. Dabei soll

festgestellt werden, ob die SAR-Werte der TETRA-Endgeräte Einfluss auf die kognitive Leistung der Nutzer haben. Diese Feststellungen sollen in zahlreichen Testverfahren an etwa 30 Probanden getroffen werden. Aufgrund der Vielzahl der Tests ist die Studie auf eine Dauer von 4 Jahren angelegt.

Der GdP wurde eröffnet, an diesem Forschungsvorhaben mitzuwirken. Die GdP hat beschlossen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Projekt soweit zu unterstützen, wie es dem Nutzen der betroffenen Polizeibeschäftigten dient.

In diesem Umfeld veröffentlichen wir hier den Aufruf der Berliner Charité:

Freiwillige für Studienteilnahme gesucht

In Deutschland ist der Aufbau des digitalen Behördenfunks in vollem Gange. Zu den Nutzern zählt u.a. die deutsche Polizei. Aus diesem Grund soll untersucht werden, ob die elektromagnetischen Felder, die bei der Nutzung der Digital- bzw. der TETRA (Terrestrial Trunked Radio)-Geräte entstehen, einen Einfluss auf den

Menschen haben. Da das Funkgerät in der Nähe des Kopfes gehalten wird, wird im Kompetenzzentrum-



Schlafmedizin der Charité - Universitätsmedizin Berlin, in einer Studie

untersucht, ob beim Gebrauch dieser Geräte möglicherweise die Gehirntätigkeit beeinflusst wird. In der Studie wird die Gehirntätigkeit während der Bearbeitung verschiedener Aufgaben untersucht und im Ruhezustand während des Schlafs. Dabei wird sichergestellt, dass die gesetzlich zulässigen Grenzwerte für Personen, die beruflich mit TETRA zu tun haben, nicht überschritten werden. Die Studie umfasst 10 Nächte im Schlaflabor, 10 Nachmittagstestungen sowie einen Termin zur Voruntersuchung am Tag.

Wir suchen männliche Polizeibeamte und Polizeischüler im Alter von 18-30 Jahren, die möglichst nicht im Nachtdienst tätig sind, rechtshändig und Nichtraucher sind. Für Ihre Teilnahme an der Studie ist eine Aufwandsentschädigung vorgesehen. Bitte beachten Sie, dass die Studienteilnahme ausschließlich in der dienstfreien Zeit stattfinden kann. Bei Interesse melden Sie sich bitte unter folgender Telefonnummer: 030-8445-8631. Wir würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen!



Typische Messanordnung an einem Schlafprobanden im Labor.

Foto: Charité



Und immer noch kein Frieden in Nahost

**Ein Erfahrungsbericht nach einem Jahr Polizeieinsatz in Palästina
von Kriminalhauptkommissar Ralph Trefz**

Gegenwärtig zieht vor allem der Polizeieinsatz in Afghanistan die Aufmerksamkeit auf sich. Aber auch in anderen Regionen sind unsere Kolleginnen und Kollegen in Polizeimissionen unterwegs. Die Bundesrepublik Deutschland entsandte im September 2008 Kriminalhauptkommissar Ralph Trefz in die Polizeimission der Europäischen Union nach Palästina. Aus Baden-Württemberg ist er der erste Polizeibeamte der einen Langzeiteinsatz in Palästina absolvierte. Ralph Trefz ist an der Akademie der Polizei Baden-Württemberg als Dozent und Trainer tätig. Im Rahmen der EUPOL COPPS Mission (European Police Coordinating Office for Palestinian Police Support) verrichtete er über ein Jahr seinen täglichen Dienst in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Nachfolgend einige seiner Eindrücke aus der Zeit

Für mich waren die ersten beiden Monate die schwierigste Zeit. Die Eingewöhnung in das neue Umfeld gestaltete sich schwierig. Da es von Seiten der EU verboten ist, eine Wohnung in Palästina zu nehmen, müssen alle Einsatzkräfte in Jerusalem wohnen. In der israelischen Hauptstadt ist Wohnraum allerdings knapp und deshalb liegen die Preise für eine annehmbare Wohnung zwischen 1.800 und 2.600 US-Dollar pro Monat. Im Gegensatz zu einem Militäreinsatz oder dem Polizeieinsatz in Afghanistan, müssen sich die Polizeibeamten im Auslandseinsatz in Palästina ihre Wohnungen selber suchen. So dauerte es auch vier Wochen bis ich eine entsprechend akzeptable Wohnung fand.

Das Wohnen in Jerusalem hatte den Nachteil, dass die europäischen Polizisten täglich von Jerusalem in die palästinensischen

Autonomiegebiete fahren mussten. Die Strecke von der Wohnung bis zum Büro in Ramallah war zwar nur 25 Kilometer, wurde jedoch von teilweise langen Staus und Wartezeiten an den Checkpoints erschwert.

Im Fahrplan für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern ist die rechtsstaatliche Arbeit von Polizei und Justiz einer der Hauptaugenmerke der Internationalen Gemeinschaft. Das Tätigkeitsfeld der in Palästina eingesetzten Polizisten ist die Beratung der Palästinensischen Polizeiführung, der Aufbau eines einheitlichen Kommunikationsnetzes, das Vermitteln von Trainingskursen in allen Bereichen der Polizeiarbeit, die Beschaffung von Ausrüstung wie Polizeifahrzeuge und jede Art von persönlichen Ausrüstungsge-

genständen (außer Schusswaffen), sowie die Einrichtung von Polizeidienststellen. Ich war hierbei als Polizeiberater für die drei palästinensischen Distrikte Jenin, Tulkarem und Tubas (allesamt im Norden Palästinas gelegen) zuständig und

Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik leistet die Bundesrepublik Deutschland über die militärische Komponente hinaus auch mit in die Einsatzländer entsandten Polizeibeamten einen Beitrag für Krisenmanagementeinsätze der Europäischen Union. Die Polizei Baden-Württemberg hatte während des letzten Jahres 18 Polizeibeamtinnen und -beamte weltweit in verschiedene Einsatzgebiete entsandt, darunter Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Sudan, Afghanistan und Palästina. Die Entwicklung des Europäischen Krisenmanagements steht im Einklang mit den Zielen anderer internationaler Organisationen wie beispielsweise den Vereinten Nationen (UN) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die europäischen Polizeibeamten haben hierbei die Aufgabe, effektive staatliche Strukturen im Bereich der Polizei, der Justiz und der Verwaltung aufzubauen und dauerhaft zu festigen.





Ein „Checkpoint“ im Mauerdurchlass zwischen Bethlehem und Jerusalem. Die Separationsmauer trennt die palästinensischen Autonomiegebiete (Palästina) vom israelischen Teil des Landes. Sie ist zwischen 6 und 8 Meter hoch und umschließt fast ganz Palästina.

Fotos (2): Trefz/Heepen

hatte somit eine tägliche Fahrtstrecke von 300 bis 400 Kilometer zu bewältigen. Die Straßen in Palästina sind jedoch anspruchsvoller als die gleiche Strecke auf deutschen Autobahnen und die Fahrt wird immer wieder von Kontrollstellen (Checkpoints) der israelischen Armee unterbrochen. In Palästina gibt es laut UN-

Angaben ca. 600 Hindernisse – fest eingerichtete Kontrollstellen (Checkpoints), vorübergehende Checkpoints oder andere Arten von Straßensperren.

Meine konkrete tägliche Arbeit war – gemeinsam mit meinem finnischen Kollegen – die Beratung der Dienststellenleiter und nach Bedarf ihrer direkt untergeord-

neten Abteilungsleiter in allen Bereichen des Polizeialltags. Die Konversation fand ausschließlich in Englisch und Arabisch statt. Hierzu war die Zusammenarbeit mit arabischen Dolmetschern notwendig, welche die Konversation ins Arabische bzw. ins Englische übersetzten.

Eine besonders schwierige Zeit begann Ende Dezember 2008. Der Krieg im Gaza-Streifen machte das tägliche Arbeiten unmöglich. In den ersten Tagen des Krieges wurden auch für die EUPOL COPPS-Angehörigen interne Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. Zum Beispiel wurde der Aufenthalt in Palästina einstweilig untersagt. Nach 10 Tagen wurde aber klar, dass den internationalen Polizisten im Westjordanland (West Banks) keine Gefahr droht. Die Fahrt in den Gaza-Streifen blieb jedoch untersagt. Ein Engagement ist dort seit der Machtübernahme der HAMAS (2007) nicht mehr möglich.

Um in Gaza Polizeistrukturen aufzubauen ist eine politische Lösung unabdingbar. So begrenzt sich die EU-Mission auf die West Banks, den größten Teil des palästinensischen Gebietes. In dem kleinen Küstenstreifen um Gaza ist die EU nur noch mit einer Grenzmission tätig, die den Grenzverkehr zwischen Ägypten und Gaza-Streifen regeln soll. Aber auch dort ist die Tätigkeit derzeit eingestellt.

Mir ist die Stimmung bei meinen palästinensischen Kollegen noch gut in Erin-



Ralph Trefz (l.) bei der Zeremonie der sogenannten „Medal Parade“, dem Empfang der „European Security Defence Policy Service Medal“, so die offizielle Bezeichnung der verliehenen Medaille, die jeder internationale Missionsangehörige für seinen Einsatz verliehen bekommt.

nerung. Auch als das Arbeiten in unseren Bezirken wieder erlaubt wurde, war es nicht möglich, wieder zum Alltagsgeschäft über zu gehen. In diesen Wochen lag die Arbeit brach und wir schauten oft mit unseren Kollegen die Nachrichten aus dem Gaza-Streifen und diskutierten über den Unsinn und die Leiden dieses Krieges. In vielen Familien gab es Tote zu beklagen. Zudem wurden die im Gaza-Streifen verbliebenen Polizisten, die nicht der HAMAS angehörten, nicht nur von israelischen Bomben und Granaten bedroht, sie wurden zudem von militanten HAMAS-Aktivisten gefoltert oder gar getötet.

Einige Wochen nach offiziellem Kriegsende normalisierte sich die Arbeit in den Bezirken wieder und die Projekte konnten fortgeführt werden. So baut beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren bis zu 20 Polizeistationen; die ersten entstehen im Bereich Jenin. Andere Staaten unterstützen zum Beispiel mit Streifenwagen oder Kommunikationsmitteln. Die Niederlande kümmern sich um Neubauten oder die Renovierung von Gefängnissen, um dort menschenwürdige Bedingungen

zu schaffen. 40 Personen in einer Zelle waren bisher keine Seltenheit. Auch diese Projekte finden in Zusammenarbeit mit EUPOL COPPS statt.

Gleichzeitig wird unter der Regie von EUPOL COPPS auch das Justizsystem reformiert bzw. neu aufgebaut. Internationale Richter, Staatsanwälte und Anwälte aus ganz Europa arbeiten daran. Sowohl Strafjustiz wie auch das Verteidigungssystem bedürfen einer kompletten Reform. Derzeit arbeiten die Palästinenser noch mit über 40 Jahre alten Gesetzen, die vor langer Zeit aus Jordanien und Ägypten übernommen wurden. Diese Gesetze sind nicht mehr zeitgemäß, um einen funktionierenden Staat aufzubauen. Das Rechtssystem des eventuell zukünftigen Staates sollte mit dem europäischen vergleichbar sein.

Mein Fazit nach einem Jahr fällt weitgehend positiv aus. Die Palästinensische Polizei will lernen und lernt schnell. Für sie ist unsere Unterstützung eine einmalige Chance, um ihre Souveränität zu bekommen. Bei unseren Projekten sind wir ganz selten auf Widerstand gestoßen.

Wir waren stets willkommen, wobei man immer im Hinterkopf haben muss, dass wir natürlich auch willkommen sind weil wir das nötige Geld mitbringen.

Meine persönliche Einschätzung ist, dass im Westjordanland eine nach europäischem Muster funktionierende Polizei innerhalb der nächsten Jahre eingeführt werden kann. Im Gaza-Streifen ist das leider, bedingt durch die Machtübernahme der HAMAS, bis auf weiteres nicht möglich.

Wichtig ist mir noch zu erwähnen, dass ich niemals von den israelischen Soldaten an den vielen Checkpoints, die ich täglich zu überqueren hatte, angegangen oder benachteiligt wurde, weil ich Deutscher bin bzw. eine deutsche Polizeiuniform trug.

Ebenso wichtig ist mir die Feststellung, dass es während des gesamten Jahres meines Einsatzes keinen nennenswerten Anschlag in Israel gab, der von aus dem Westjordanland stammenden militanten Palästinensern begangen wurde. Hier von sind selbstverständlich die Raketen und Granaten, die täglich aus dem Gaza-Streifen auf israelisches Territorium abgefeuert wurden, ausgenommen.

Ralph Trefz





Skandal beim Idiotentest Junge Fahrer = Verkehrsrisiko?

Ergebnisse und Empfehlungen des jährlich stattfindenden Verkehrsgerichtstags (VGT) finden häufig Eingang in Gesetze, Vorschriften und Aktionsprogramme. In diesem Jahr diskutierten rund 1.800 deutsche, aber auch europäische Experten z. B. die Frage, ob Fahrzeughalter künftig auch für Verstöße im fließenden Verkehr zur Rechenschaft gezogen werden sollten, die andere mit ihrem Fahrzeug begangen haben (s. Teil I der Berichterstattung vom Verkehrssicherheitstag in DP 4/10). Des Weiteren spielten eine mögliche Reform des sogenannten „Idiotentests“ eine Rolle sowie wirksame Maßnahmen, um die Unfallzahlen insbesondere bei jüngeren Fahrern zu senken. Außerdem wurden Initiativen geprüft, die aus deutscher Sicht einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der EU leisten können.

Hier Teil II der Berichterstattung:

Harmonisierung auf hohem Niveau

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) stimmt mit den Forderungen des Europäischen Verkehrssicherheitsrates (ETSC) hinsichtlich der Umsetzung des künftigen Verkehrssicherheitsprogramms der EU deutlich überein: Der Fokus sollte in gleicher Weise auf die Reduzierung der Anzahl und Schwere der Verletzungen gerichtet werden wie auf die Zahl der Getöteten. DVR-Geschäftsführer Christian Kellner plädierte ebenso wie der ETSC für eine quantitative Zielsetzung von minus



Unfalldatenspeicher: Blackbox für alle

Foto: DVR

40 % der Getöteten bis 2020 als allgemeines Ziel für die EU. Deutschland als eines der sichersten EU-Länder in puncto Verkehrssicherheit sollte dabei eine Harmonisierung der Sicherheit auf einem

möglichst hohem Niveau fordern. Bezüglich der Fahrzeugtechnologie sollte die EU zur Entwicklung einheitlicher Normen für intelligente Fahrassistenzsysteme (IFA) beitragen, um dadurch eine breite Verwendung in den Fahrzeugen zu erreichen. Dies



Häufig unterschätzt: Geschwindigkeit von Zweiradfahrern

Foto: dpp/Toyota/GP

gelte, wie Ellen Townsend (Vertreterin des ETSC) berichtete, z. B. für ein intelligentes Transportsystem (ITS), das den Fahrer bei zu hoher Geschwindigkeit warne bzw. ihn davon abhalte, die Höchstgeschwindigkeit zu überschreiten. Auch müsse man eine breitere Verwendung von „Ereignisdatenrekordern“ (sogenannte Blackboxen bzw. Unfalldatenschreibern) fördern.

Motorradfahrer – mit voller Kraft in die Eisen

Das neue EU-Programm soll auch aktuell aufkommenden Trends, wie der steigenden Zahl der verunfallten Motorradfahrer, entgegenwirken und technische Innovationen fördern. Der VGT erwartet von Europa gesetzgeberische Maßnahmen zur Optimierung der Fahrzeugtechnik, z. B. ABS für Motorräder verpflichtend einzuführen. Darüber hinaus sollten sinnvolle Leistungsgrenzen für Kräder festgelegt werden, die auch alternative Parameter, wie das Leistungsgewicht, beinhalten können. Auch regelmäßige, verpflichtende Fahrersicherheits trainings – sowohl im geschützten Raum als auch im Straßenverkehr – sollten für Motorradfahrer eingeführt werden.

Neue Kamerasysteme müssten zudem Geschwindigkeitsverstöße von Zweiradfahrern beweissicher feststellen.

Gurtdisziplin verbessern

Gesetzliche Regelungen seitens der EU könnten sicherstellen, dass Neufahrzeuge



standardmäßig mit besseren akustischen und optischen Erinnerungssignalen zur Gurnutzung im Front- und Rücksitzbereich sowie alle Sitze mit Gurtstraffern ausgestattet werden. Genormte ISOFIX-Steckverbindungen zur sicheren Befestigung von Kinderrückhaltesystemen im Front- und Rücksitzbereich müssten als Voraussetzung für die Erteilung von Bauartgenehmigungen beim Zulassungs-

schwindigkeitsregelung (ACC), Seitenunterstützung (Warnhinweis bei Verlassen der Spur und Spurwechselassistent), Aufprallwarn- und Notbremssysteme sowie andere Geräte wie eCall (Notruf), Wachsamkeitssysteme, „Geschwindigkeitswarnungen“ und „Alkoholsperren“. Neue Sicherheitsfördernde Technologien und Systeme verfügen somit insgesamt über ein erhebliches Potential, Leben

beruhen, aber auch eine breitere Verwendung von Alkoholsperren können und sollten deshalb in Zukunft EU-weit maßgeblich zur Verbesserung der aktiven Fahrzeugsicherheit beitragen, indem sie die Fahrer aktuell über die Verkehrssituation informieren und sie in gefährlichen Lagen wirkungsvoll unterstützen.

Umgekehrt werden Radarwarngeräte ausschließlich als kontraproduktiv für die Verkehrssicherheit angesehen und sollten innerhalb Europas mit einem Vertriebsverbot belegt werden.



Weniger Unfälle durch Fahrerassistenzsysteme (FAS)

Grafik: DVR

Wer prüft die Prüfer beim „Idiotentest“?

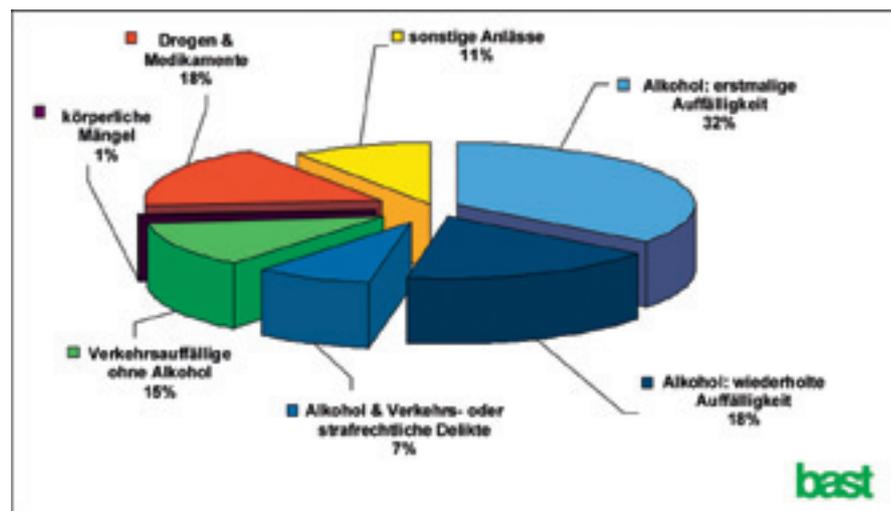
Dem so genannten „Idiotentest“, also der medizinisch-psychologische Untersuchung, kurz MPU, müssen sich hartnäckige Verkehrssünder weiterhin unterziehen, um wieder ans Steuer zu dürfen. Der im Volksmund oft gewählte Begriff „Idiotentest“ ist negativ belastet und gilt als etwas außerordentlich Unangenehmes. Bei denjenigen, die sich dem Test unterziehen mussten – und nicht nur bei den „Durchgefallenen“ – ist oft von „Schikane“ die Rede, von „Willkür“, „Lotterie“ und „Geldschneiderei“. Vielleicht ließe sich die unangenehme Namensgebung auch damit begründen, dass manche Absolventen sich im Verkehr als gefährliche Idioten erwiesen haben, die nicht einsehen wollen, welche zum Teil

verfahren aller Pkw vorhanden sein, um den Einbau von Kindersitzen durch die Nutzer möglichst einfach und fehlerfrei zu gestalten.

Elektronische Warner

Da Sicherheitssysteme wie Gurt und Airbag ihre Schutzwirkung erst dann entfalten, wenn ein Unfall bereits passiert ist, empfiehlt der VGT, neue Umfeld erkennende Assistenzsysteme mit besonders hohem Unfallvermeidungspotenzial verpflichtend einzuführen. Notbremsassistenten, Spurverlassenswarner und andere sicherheitsfördernde Fahrerassistenzsysteme greifen stets vor dem Unfall ein und können diesen in der Regel dadurch wirksam noch verhindern.

Die bisherige Forschung und beginnende Verbreitung intelligenter Transportsysteme (ITS) haben bereits gezeigt, welches große Potential zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Fahrerassistenzsystemen ausgeht, z. B. elektronisches Stabilitätsprogramm (ESP), adaptive Ge-



Gründe für die MPU: Alkoholauffälligkeit weiterhin vorne

Grafik: BAST

zu retten und Gesundheit zu bewahren. Kooperative Systeme wie Speed Alert zur Geschwindigkeitssteuerung, die auf einer Kommunikation zwischen einzelnen Fahrzeugen oder zwischen Fahrzeugen und infrastrukturellen Einrichtungen

tödlichen Gefahren sie durch ihr grob verkehrswidriges Verhalten heraufbeschwören. Möglicherweise dürfte sich allerdings fast jeder zweite Kandidat selbst als Idiot empfunden haben, der zu den 49 % der Prüflinge gehört, die zumindest





Gefährliche Landstraßen: Kerzen- und Blumenschmuck an einer Unfallstelle

Foto: DVR

beim ersten Mal durchfallen – nicht etwa, weil sie zu große Wissenslücken über Verkehrsregeln hatten, sondern weil ihre Antworten nicht die geforderte Einsicht in ihre Verhaltensfehler erkennen ließen.

Die MPU trifft in Deutschland rund 100.000 Autofahrer jedes Jahr, die meist wegen Alkoholkonsum (56 %) und Drogenmissbrauch (18 %), als „Mehrfachtäter“ wegen Überschreiten der 18-Punkte-Grenze oder als Fahranfänger, bei denen in der Probezeit erhebliche Zweifel an ihrer Eignung aufgetreten sind, ihre Fahrerlaubnis verloren haben – und dann wird es hart: Unüberschaubar gestalten sich die Tests, nicht nur bis auf die Knochen,

Der jahrelang anhaltende „Führerscheintourismus“ war ein – mittlerweile untauglicher – Versuch, sich der MPU als „zweiter Strafe“ zu entziehen.

Experten gegen Videoaufzeichnungen

Nach dem mehrheitlichen Votum der Experten sollte es auch in Zukunft keine Ton- oder Videoaufzeichnungen geben, wenn Verkehrssünder bei der umstrittenen MPU ihre Eignung für den Führerschein nachweisen müssen. Auch dem heiß diskutierten Vorschlag,

sondern auch bis auf die Leber.

Der Deutsche Anwaltverein und mancher Prüfling sehen es als Skandal, dass man sich gegen Entscheidungen des „Idiotentests“ nicht wehren kann. Sofern ein gefordertes Gutachten nicht beigebracht wird, erfolgt sofort die Fahrerlaubnisentziehung. Gegen die Anordnung, ein Gutachten zu erbringen, kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

die Möglichkeit zu schaffen, Rechtsmittel gegen MPU-Gutachten einzulegen, folgte die – ganz offensichtlich durch Verkehrspsychologen majorisierte – Mehrheit der im Arbeitskreis anwesenden Fachleute ebenso wenig wie der Forderung, verpflichtende Vorbereitungskurse für den „Idiotentest“ einzurichten. Da beim VGT aber nicht nur den erzielten Abstimmungsergebnissen, sondern vielmehr den vorgetragenen Argumenten der Kapazitäten des Verkehrsrechts entscheidende Bedeutung zukommt, hat inzwischen Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) erklärt, sich mit einer größeren Transparenz bei der MPU alsbald näher zu befassen. Der Minister sagte dazu, die Betroffenen dürften nicht das Gefühl haben, dass „im stillen Kämmerlein einsame Entscheidungen getroffen werden“.

Unfallrisiken „junger Fahrer“ reduzieren

Die Unfallbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen ist trotz zahlreicher Maßnahmen nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Zu den Konfliktsituationen, in denen junge Erwachsene überrepräsentiert sind, gehören Unfälle in Kurven, Abbiegeunfälle, Auffahrunfälle, Kollisionsunfälle an Kreuzungen, Unfälle bei Nacht und am Wochenende sowie alkohol- und geschwindigkeitsbedingte Unfälle. Der Alleinunfall und der Verlust der Fahrzeugkontrolle kennzeichnen ebenfalls die Unfälle junger Fahrer. Die ersten 10.000



Begleitetes Fahren: Mehr Sicherheit für Fahranfänger

Foto: dpp/A

km der eigenen Fahrpraxis erweisen sich für junge Menschen als die kritischsten Kilometer.

Die Gründe dafür liegen nach Feststellungen des Verkehrsgerichtstages in einer Kumulation ungünstiger Faktoren wie z. B. dem alterstypischen Risikoverhalten („Jugendlichkeitsrisiko“), der unzureichenden Fahrerfahrung („Anfängerrisiko“) und objektiven Unfallursachen (z. B. technische Mängel der meist genutzten älteren Fahrzeuge). Überdies zeigen die Befunde zum Fahrverhalten, dass junge Fahrer im Vergleich zu älteren im Realverkehr oft schneller fahren und zugleich einen geringeren Abstand halten. Im Übrigen erklären eine bei den Fahrnovizen insgesamt unterentwickelte Gefahrenwahrnehmung und die dadurch bedingte Verkennung des Unfallrisikos bei Überschätzung eigener Fahrfertigkeiten die Ergebnisse der Unfallforschung, wonach die Wahl einer unangepassten Geschwindigkeit zu den häufigsten Unfallursachen

gehört. Allgemein verdeutlichen sämtliche feststellbaren Befunde, dass der Fertigkeitserwerb nicht mit dem Erhalt des Führerscheins abgeschlossen ist. Damit wissen wir zwar viel darüber, was junge Fahrer nicht können, aber kaum Genaueres darüber, wie lange der Fahrfertigkeitserwerb tatsächlich dauert und in welchen zeitlichen Sequenzen dieser vonstatten geht bzw. dieser evtl. in seiner Effektivität gefördert werden kann.

Beim VGT wurden mögliche Interventionsmaßnahmen daraufhin beleuchtet, ob sie dem erhöhten Unfallrisiko junger Menschen wirksam entgegensteuern können. Georg Willmes-Lenz von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) berichtete über die Verwendung innovativer Aufgabenformate in einer optimierten theoretischen Fahrerlaubnisprüfung. So könnten reale Prozesse als Simulation wiedergegeben werden, um auf diese Weise ein unmittelbares Anschauungs- und Übungsfeld zur Verfügung zu stellen. „Zielführende unfallpräventive Lernpro-

VERKEHRSGERICHTS- TAG 2010 – TEIL II

gramme sollten relevante Gefährdungsaspekte thematisieren und Lernwege anbieten, mit denen der Lernende die benötigten Kompetenzen erwerben kann“, erklärte der BASt-Referatsleiter für Fahrerlaubnisprüfung und Kraftfahrerrehabilitation.

Die zentrale Aufgabenstellung der praktischen Fahrerlaubnisprüfung dürfte vor allem in der angemessenen Bestimmung und Überprüfung der fahrpraktischen Eingangskompetenz zu sehen sein, die in der Fahrschulerausbildung erreicht werden kann und als Mindestvoraussetzung für eine selbstverantwortliche Teilnahme am Straßenverkehr anzusehen ist.

Bei der Überprüfung bisher getroffener Maßnahmen im System der Fahranfängervorbereitung war festzustellen, dass auch die Verschärfungen der Probezeitregelung in den vergangenen zehn Jahren nicht signifikant zu einem Rückgang der Unfallzahlen beigetragen haben. Auch dem freiwilligen „Fortbildungsseminar für Fahranfänger (FSF)“ wurde die erwartete Wirkung weitgehend abgesprochen.

Lernen durch Fahren

Erstaunliche Erfolge zeigte hingegen das „begleitete Fahren“ ab 17 Jahren, auch wenn man davon absieht, dass die (begleitet) gefahrene Strecke mit durchschnittlich 318 km pro Monat gewiss nicht dazu ausreicht, übermäßige Fahrfähigkeiten zu erwerben. Dennoch wurde die maximal zwölfmonatige Begleitphase im Mittel sieben bis acht Monate von den Teilnehmenden, bisher ca. 35 % aller Neuerwerber, genutzt und wies für das kritische erste Jahr des selbständigen Autofahrens eine dadurch bedingte Absenkung des Unfallrisikos von rund 22 % aus. So sollte künftig de facto eine Lang-



form des Fahren-Lernens der Grundsatz sein, was dazu beiträgt, dass Fahranfänger nicht vor einem umfassenderen und kontrollierten Fahr-Erfahrungsaufbau und erst, nachdem sie dem unmittelbaren Anfängerniveau entwachsen sind, in die selbständige Fahrkarriere entlassen werden. Auch das absolute Alkoholverbot für Fahranfänger wird ganz überwiegend von den jungen Leuten akzeptiert und bedeutet einen erheblichen Fortschritt.

Neben einer dauerhaften gesetzlichen Verankerung der Möglichkeiten der Optimierung der Fahranfängervorbereitung sollten neue Ansätze zur Verringerung des Unfallrisikos junger Fahrer erprobt werden. Dies gilt sowohl für die erzieherische als auch für die technische Prävention. Wichtige Potenziale werden in der konsequenten Nutzung der schulischen Verkehrserziehung und der zielgruppenbezogenen Verkehrssicherheitskommunikation für die Erzeugung und Festigung einer verkehrssicherheitsorientierten Einstellungsgrundlage bei jungen Erwachsenen gesehen. Von Bedeutung erscheint den Experten des VGT auch eine stärkere Verzahnung der theoretischen und praktischen Ausbildung durch die Integration multimedialer Lernformen (insbesondere durch Einsatz von E-Learning und Fahr-simulatoren).

Sicherheitsrisiko: junge Fahrer in alten Autos

Besondere Auffälligkeiten zeigen sich auch in der Art der Verkehrsteilnahme. Häufiger als alle anderen Altersgruppen verunglücken die 18- bis 24-Jährigen als Benutzer von Pkw: So verunglückten 2008 fast drei Viertel der jungen Erwachsenen (71 %) als Pkw-Insassen. Noch höher sind die Anteile bei den Getöteten: Als Pkw-Insassen wurden 74 % und z. B. als Motorradfahrer vergleichsweise „nur“ 15 % der jungen Verkehrsteilnehmer getötet. Die jungen Fahrer waren dabei häufiger mit älteren – teilweise technisch unsichereren – Fahrzeugen an Unfällen beteiligt als Verkehrsteilnehmer anderer Altersgruppen. 51 % der unfallbeteiligten 18- bis 24-Jährigen fuhren einen Pkw, der älter als 10 Jahre war. Im Durchschnitt der übrigen Altersgruppen waren es dagegen 35 %. Im Rahmen der „SafetyChecks“ für junge Fahrer, einer gemeinsamen Aktion von DEKRA, der Deutschen Verkehrswacht und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat zur kostenlosen Sicherheitsüberprüfung von Pkw, haben auch die DEKRA-Prüfingenieure festgestellt, dass junge Erwachsene häufig in denjenigen



Ältere Autos und junge Fahrer mit größtem Unfallrisiko

Foto: DVR

älteren Autos unterwegs sind, die durch eine extrem hohe Mängelquote und ein überdurchschnittliches technisches Unfallrisiko auffallen.

Lange wurde die Brisanz des Themas „Junge Fahrer in alten Autos“ unterschätzt. Doch diese Gruppe ist zum Teil mit hochtourigen und stark aufgerüsteten Fahrzeugen unterwegs, die zugleich erhebliche Sicherheitsmängel aufweisen und an mangelnder Instandhaltung leiden. Bei der Aktion „Safety-Check 2009“ ermittelte DEKRA bei den Fahrzeugen, die 8 Jahre oder älter waren, eine Mängelquote von 88,5 % und an jedem dieser Pkw durchschnittlich 3,3 verschiedene Mängel. Schwere Mängel stellten die Prüfer überdurchschnittlich häufig an sicherheitsrelevanten Bauteilen fest. An mehr als jedem zweiten Pkw (54 %) lokalisierten die Sachverständigen Mängel am Fahrwerk, den Reifen und der Karosserie; 43 % der Fahrzeuge hatten Mängel an der Bremsanlage. Bei mehr als jedem dritten (34,5 %) Fahrzeug fehlten wichtige Sicherheitseinrichtungen wie Fahrerairbag, ABS oder ESP. 72 % der jungen Erwachsenen fuhren einen Pkw, der acht Jahre oder älter war. Nach der Meinung der Goslarer Verkehrsexperten sollten junge Fahrer deshalb für den Kauf von Autos mit moderner Sicherheitstechnik vom Staat geförderte finanzielle Anreize in Form einer „Sicherheitsprämie“ bekommen, quasi analog zur ehemaligen „Verschrottungsprämie“.

Auch eine verstärkte Nutzung technischer Intelligenz, z. B. der elektronischen Stabilitätskontrolle (ESP), erscheint notwendig. In mehreren Studien wurde nachgewiesen, dass durch ESP

über 50 % der tödlichen Alleinunfälle und noch höhere Prozentsätze bei Alleinunfällen mit Überschlag verhindert werden könnten – also genau jene Unfalltypen, die charakteristisch für junge Fahrer sind.

Kommt Pkw-Maut unausweichlich?

Emotionales Sonderthema war zum Abschluss des VGT die Pkw-Maut. Bereits seit 1995 erfordert das Befahren deutscher Autobahnen eine Gebühr für schwere Lkw ab zwölf Tonnen zulässige Gesamtmasse. Zunächst waren die Kosten in Form der zeitabhängigen „Eurovignette“ zu entrichten, seit 2005 wird die Autobahnmaut streckenabhängig gezahlt. Während der ADAC im Falle der Einführung einer Autobahngebühr für Pkw eine Verkehrsverlagerung auf das nachgeordnete Straßennetz und damit einhergehend eine Steigerung der Verkehrstoten- und Verletztenzahlen befürchtet, sprach sich Gerichtstagspräsident Kay Nehm für eine Maut aus, da Deutschland ein Transitland mit Straßen voller ausländischer Fahrzeuge sei und es daher nur gerecht wäre, wenn sich, wie in vielen anderen europäischen Staaten, alle an den Kosten für nötige Straßenbaumaßnahmen beteiligen würden.

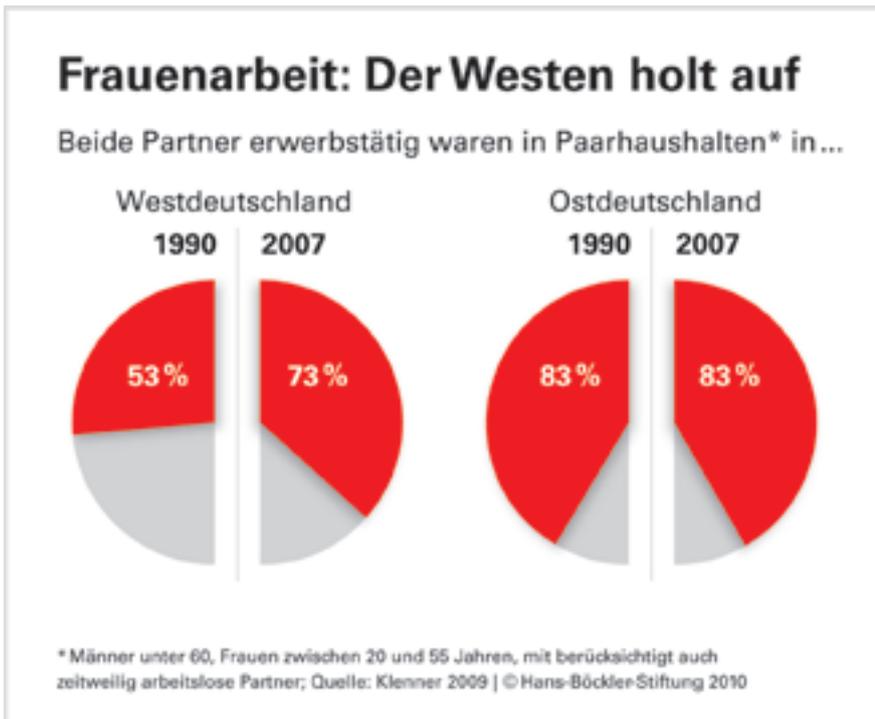
Peter Schlanstein

Die vollständigen Empfehlungen aller Arbeitskreise des Deutschen Verkehrsgerichtstages 2010 sind im Internet abrufbar unter dem Link http://www.deutscher-verkehrsakademie.de/images/stories/pdf/empfehlungen_48_vgt.pdf.



Familienernährerinnen: Ungeplanter Rollenwechsel

Immer mehr Frauen werden zu Familienernährerinnen. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt.



Dass Frauen in den meisten Haushalten die Mahlzeiten zubereiten und in diesem wörtlichen Sinne ihre Familien ernähren, entsprach schon immer der traditionellen weiblichen Rolle. Meist aber wird unter dem Begriff „Familienernährer“ etwas Anderes verstanden: Männer, die als Allein- oder Hauptverdiener den größten Teil des Einkommens nach Hause bringen und so Frauen und Kinder finanziell versorgen. Durch Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung aber hat diese Aufgabenteilung an Bedeutung verloren.

„Der männliche Ernährer ist nicht mehr die Regel, nur noch in 48 Prozent der Haushalte, in denen Frauen leben, werden sie vom Mann versorgt“, sagt Christina Klenner. Die Volkswirtin leitet das Referat Frauen- und Geschlechterforschung im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. In Kooperation mit Ute Klammer, Professorin für Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen, führt sie seit 2008 zwei Forschungsprojekte unter dem Titel „Flexible Familienernährerinnen“ durch. Erste Daten wurden

auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz im Januar 2010 vorgestellt.

Wichtigste Lebensgrundlage

Danach tragen Frauen in 16 Prozent der Paarhaushalte inzwischen ebenso viel zum gemeinsamen Einkommen bei wie ihre Männer. Ebenfalls 16 Prozent sorgen als alleinlebende Singles ohnehin für sich selbst, acht Prozent sind Alleinerziehende mit Kindern. In jedem zehnten Haushalt verdienen Frauen inzwischen sogar mehr. Ihr finanzieller Beitrag wird zur wichtigsten Lebensgrundlage, sie werden zu Familienernährerinnen, weil ihre Partner diese Rolle nicht mehr ausfüllen können. „Fast die Hälfte dieser Männer ist ebenfalls voll erwerbstätig, aber sie verdienen so wenig, dass die Frau das bessere Einkommen hat“, analysiert WSI-Forscherin Klenner. Die zweitgrößte Gruppe, vor allem im Osten Deutschlands stark vertreten, sei die der arbeitslosen Männer.

Rollenwechsel nicht geplant

In den meisten Fällen, so die Studie,

ist die neue Paarkonstellation keineswegs das Ergebnis einer bewussten Strategie. Den Ernährerinnen sei „ihre finanzielle Unabhängigkeit wichtig, sie wollen keine Hausfrauen mehr sein, doch den Mann zu überflügeln, haben sie so nicht geplant“, beschreibt Klenner den eher ungeplanten Rollenwechsel. Viele versuchen sogar, den Statusverlust des Partners zu verstecken: „Manche nehmen extra nur die billigere Urlaubsreise, obwohl sie sich von ihrem eigenen Einkommen her eine teurere leisten könnten.“

Dienstleistung und Pflege

Familienernährerinnen sind der Untersuchung zufolge nicht unbedingt besser qualifiziert als ihre Männer. Im Gegensatz zu den Haushalten mit männlichem Hauptverdiener befinden sie sich eher selten im oberen Bereich der Einkommensskala, manche liegen nur wenig über der Armutsgrenze. „Viele dieser Frauen arbeiten in Dienstleistungsberufen wie der Pflege“, sagt Christina Klenner. Vor diesem Hintergrund hält es die Wissenschaftlerin für besonders problematisch, wie schlecht weibliche Erwerbsarbeit häufig immer noch bezahlt wird.

Qualifizierte Teilzeitarbeit nötig

Mit der Rolle der Frauen als Zuverdienerinnen wurden in der Vergangenheit die niedrigen Löhne gerechtfertigt. Faktisch aber muss mittlerweile mehr als die Hälfte von ihnen sich und Angehörige finanziell versorgen. Deshalb sei es so wichtig, dass die Einkommen in typischen Frauenjobs steigen, betont Klenner. Die neuen Familienernährerinnen wollten aber auch nicht einfach die klassische männliche Rolle übernehmen, „ohne Kontakt zu Kindern und Haushalt“. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien deshalb mehr „qualifizierte Teilzeitjobs nötig sowie Personal, das einspringt, wenn ein Kind krank wird“.

Thomas Gesterkamp

Weitere Informationen zur Studie:

Ein WSI-Diskussionspapier zum Thema „Frauen als Familienernährerinnen“ ist in Vorbereitung. Die abschließenden Forschungsergebnisse beider Projekte werden im Sommer 2010 auf einer gemeinsamen Fachkonferenz von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Bundesfamilienministerium vorgestellt.



Versöhnungsgipfel wäre zu hoch gegriffen, aber es ist ein Anfang ...

Auseinandersetzungen der Fans untereinander und Angriffe auf Polizeibeamte kommen in der Fußballlandschaft regelmäßig vor. Sachsen-Anhalt ist da keine Ausnahme. Tiefpunkt hier war das Regionalliga-Derby zwischen dem HFC und dem FCM im September vergangenen Jahres, bei dem Polizisten nach dem Spiel gezielt attackiert worden waren.



Die Teams (v. l.): die PD Süd, die LBP, das Fanprojekt Magdeburg, das Fanprojekt Halle und die PD Nord.

Das Problem ist bei der Politik angekommen: Die erwähnten Ausschreitungen waren Anlass für eine Debatte im Landtag zum Thema Gewalt bei Fußballspielen. Man sucht nach Lösungen oder



Innenminister Holger Hövelmann (r.) und GdP-Landesvorsitzender Uwe Petermann beim Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk.

zumindest Abschwächung des inzwischen dramatischen Problems. Für den GdP-Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Uwe Petermann, liegt eine Ursache in der mangelnden Kommunikation zwischen allen Seiten: „Die Fans haben ein tiefes

Unverständnis für die Arbeit der Polizei, die Polizei für das Verhalten der Fans.“ So lag es auf der Hand, die andere Seite besser kennen zu lernen – am besten über einen sportlichen Vergleich.

Und so kam es im Februar auf Betreiben der Landesbereitschaftspolizei und der GdP Sachsen-Anhalt zum ersten Anti-Gewalt-Cup – und zwar im Hallenfußball. Fünf Teams waren am Start: die Mannschaft der LBP, Teams der PD Nord und Süd sowie die Fanprojekte des Halleschen FC und des 1. FC Magdeburg. Eine Konstellation, wie sie im Liga-Alltag gegenwärtig undenkbar

wäre. Ein jederzeit unterhaltsames Turnier hatte zum Ende einen souveränen Sieger: Die Mannschaft der Landesbereitschaftspolizei fuhr klar und souverän den Sieg ein. Das Fans-Duell gewann Magdeburg mit 3:1.

Zahlreiche Vertreter der Polizeiführung und der beiden Fußballclubs aus Magdeburg und Halle bekundeten mit ihrer Anwesenheit und in vielen Gesprächen ihr Interesse an diesem Turnier. Mehr als erwartet, stieß der sportliche Vergleich aber auch bei den Fans auf erhebliches Interesse. Gebührende Aufmerksamkeit kam darüber hinaus sowohl von den Medien, aber auch aus der Politik. So konnte zur Eröffnung des Turniers Landtagsabgeordnete, der Innenminister Holger Hövelmann und der Sozialminister Norbert Bischoff begrüßt werden.

Trotz aller Euphorie über das gelungene sportliche Event bleibt man in Sachsen-Anhalt realistisch: Es ist ein erster Schritt, die Idee ist gut, miteinander reden ist sowieso gut – so der Grundtenor. Aber Uwe Petermann ist sich bewusst: „Die Hardcore-Fans bekommt man so nicht.“ Allerdings hofft er, dass ein An-



Die Siegermannschaft der Landesbereitschaftspolizei.

Fotos: Uwe Ahmrdt

stoß gegeben wurde, gewaltbereite Fans auszugrenzen. Ein erster Schritt also, dem weitere folgen sollen. Ein weiteres Turnier mit doppelt so vielen Mannschaften ist jedenfalls bereits geplant.

Guido Steinert



Lieber Trinkgeld als Schutzgeld

Mitte Januar präsentierte der in Rom residierende deutsche Botschafter, Michael Steiner, der italienischen Presse den ersten deutschsprachigen Addiopizzo Palermo-Führer für kritische Verbraucher. Der „Tschüss Schutzgeld-Stadtplan“ verzeichnet alle Geschäfte in Palermo, die sich der Bürgerinitiative Addiopizzo angeschlossen und verpflichtet haben, kein Schutzgeld (pizzo) an die Mafia zu bezahlen.

Botschafter Steiner stellte im Beisein der Addiopizzo-Mitglieder Gabriele La Malfa Ribolla und Francesca Vannini-Parenti vor allem das zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wichtige zivilgesellschaftliche Engagement heraus. Die jugendlichen Aktivisten hätten, so der Botschafter, Kreativität und Zivilcourage bewiesen. Zur langfristigen Sicherung des Projekts hatte die Botschaft deutsche Reiseveranstalter als Sponsoren gewinnen und Verlage zur Aufnahme des Themas in ihre Reiseliteratur überzeugen können.

Tschüss Schutzgeld!

Hatte Goethe auf seiner berühmten Italien-Reise seinen in einer lauschigen Trattoria Siziliens genossenen Feierabend-Wein mit ziemlicher Sicherheit noch ohne Mafia-Schutzgeld-Anteil bezahlen können, wäre dem Dichturfürsten dies in der heutigen Zeit durchaus schwer gefallen. Allein in Palermo, so Edoardo Zaffuto, Gründungsmitglied der seit 2004 arbeitenden Bürgerbewegung „addiopizzo“, was mit „Tschüss Schutzgeld“ übersetzt werden kann, zahlten noch immer 80 Prozent der Ladeninhaber ein „pizzo“ direkt an die Cosa Nostra, den sizilianischen Stamm der vielleicht unter dem Namen „Mafia“ besser bekannten, inzwischen weltweit operierenden Verbrecherorganisation. Letztlich finanzierten aber die Konsumenten so indirekt die verbrecherische Organisation, denn das pizzo wurde vom Ladenbesitzer auf die Preise aufgeschlagen.

Für Zaffuto, der mittlerweile „mafiafreie“ Reisen anbietet, ist es wichtig, Touristen für das Mafia-Problem auf Sizilien zu sensibilisieren. Besonders deutsche Urlauber, die gern nach Sizilien reisen, seien sehr aufgeschlossen für verantwortungsvolles Reisen. So könne also nun jeder den Kampf gegen die Cosa Nostra unterstützen, der nur dort buche und kaufe, wo kein Schutzgeld gezahlt werde.

Wer „pizzo“ zahlt, ist ohne Würde

Entwickelt wurde die Idee des addiopizzo, als ein paar Freunde über die

Eröffnung einer Kneipe phantasierten. „Was aber, wenn sie ein pizzo von uns verlangen?“, sagte dann einer. Schon am nächsten Tag, so verrät die Homepage „www.addiopizzo.org“, waren Palermos Mauern, Lampenpfosten und Telefonzellen mit einem Aufkleber tapeziert, der die



Der in Rom residierende deutsche Botschafter Michael Steiner präsentierte Anfang des Jahres den ersten deutschsprachigen „Addiopizzo Führer für kritische Verbraucher“.

Foto: dpa/Claudio Peri

Einwohner mit dem Satz: „UN INTERO POPOLO CHE PAGA IL PIZZO E UN POPOL SENZA DIGNITA – Ein ganzes Volk, das Pizzo bezahlt, ist ein Volk ohne Würde“ konfrontierte. Wider Erwarten schien die Stadt zu reagieren, immer mehr gleichgesinnte Menschen schlossen sich an, bis die jetzt fünf Jahre alte Bewegung „addiopizzo“ geboren wurde.

Bis heute gelang es dem mutigen Bündnis Inhaber von 420 Geschäften und Lokalen davon zu überzeugen, kein pizzo mehr zu zahlen. Fast 10.000 Menschen hätten sich zudem, so berichtet die Süddeutsche Zeitung, verpflichtet, nur dort ihr Geld auszugeben.

Netzwerk schützt Unternehmer

Edoardo Zaffuto indes ist überzeugt, dass die Bewegung weiterhin Erfolg haben wird. Noch vor ein paar Jahren wurde das Schutzgeld quasi als normale Steuer empfunden, heute weigere sich vor allem

die junge Generation, das pizzo-Erbe der Eltern anzutreten.

Nur einmal im Jahr 2006, so erzählte er der „Reise“-Redaktion von sueddeutsche.de, habe die Mafia einen Brandanschlag auf einen addiopizzo-Laden verübt: „Die Reaktion der sizilianischen Gesellschaft als auch der Medien war stark und geschlossen, so dass die Strafaktion nicht den gewünschten Effekt für die Mafia hatte.“

Von persönlichen Bedrohungen seien die Aktivisten bislang verschont worden, letztlich riskierten Ladenbesitzer und Un-

ternehmer mehr. Das Netzwerk aber, so der in Palermo gebürtige Reiseveranstalter, schütze die Widerständler. Stelle sich ein Ladenbesitzer oder Unternehmer aber allein gegen die Verbrecherorganisation sei das Risiko wesentlich höher. Dass er keine Angst habe, zeige er dann am besten mit einer Anzeige des Erpressers bei der Polizei und dem Anschluss an addiopizzo.

Sizilien-Liebhaber und Mafia-Gegnern beachten bitte folgende Tipps und Links:

Den „Tschüss Schutzgeld-Stadtplan“ für Palermo erhalten Interessierte in Palermo in den Touristeninfos, B&B, Hotels und im AddioPizzo-Büro, weitere Informationen unter „www.addiopizzo.org/contatti.asp“.

Auch die Homepage der Deutschen Botschaft in Rom bietet die Karte zum Download an: www.rom.diplo.de.

MiZi





News von der Bundesjugendkonferenz

Wenn diese Zeitung erscheint, ist es geschafft – vom 26. - 28. April 2010 fand in Potsdam die Bundesjugendkonferenz der GdP mit dem Motto „SOS – Schutzleute ohne Schutz“ statt. Aufgrund des aktuellen Redaktionsschlusses sind erste Berichte über die Veranstaltung unter www.gdpjg.de einzusehen. Über 100 junge Polizistinnen

und Polizisten entschieden in den drei Tagen über die gewerkschaftliche Ausrichtung und Forderungen der Jungen Gruppe. Schließlich wurde ein neuer geschäftsführender Bundesjugendvorstand gewählt. Mit Ihrem Motto „SOS – Schutzleute ohne Schutz“ griff die Konferenz das Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten auf.



Internationales – nächster Akt

Mitte März rief die Junge Gruppe mit ihrer AG Europa und es folgten dem Ruf Kollegen aus Deutschland und Österreich. Gemeinsam traf man sich in einer Liegenschaft der Bundespolizei in München, dessen Gastfreundschaft und Betreuung wirklich hervorragend war. Nach einigen jeweilig kurzen gewerkschaftlichen Situationsberichten aus den einzelnen Bereichen ging es sogleich ans eigentliche Thema: Das Stockholmer Programm und seine Auswirkungen auf junge Polizeibeschäftigte. Schwerpunkt der Diskussion war der Passus, der sich mit dem Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken beschäftigt, Stichwort grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Hierbei wurde festgestellt, dass das Wissen über die aktuelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der verschiedenen Polizeien eher gering ist. Hier gilt es vor einer intensiven Fortbildung Aufklärung betreiben und damit auch Interesse zu bilden.

Gleichzeitig wurde kritisch bemerkt, dass die geplante Beschulung von einem Drittel der Polizeibeschäftigten innerhalb von fünf Jahren massive Kosten verursachen werden. Diese Kosten dürfen und können nicht aus laufenden Polizeihäushalten getragen werden, da diese eh schon sehr knapp bemessen sind. Hier muss ein eigenes Budget zur Verfügung stehen.

Ferner erschien der AG Europa die Personaldecke im Rahmen der Alltagsorganisation bereits so dünn, dass eine solche

umfassende Beschulungsmaßnahmen zu einer weiteren Belastung führen würde. Hier wurde ein adäquater Personalausgleich gefordert.

Die AG Europa begrüßte aber grundsätzlich jede Art der Weiterbildung von Polizeibeschäftigten in Sachen Europa. Diese darf aber grundsätzlich nur freiwillig erfolgen, um auch den dementsprechenden Erfolg zu erzielen.

Die Fortbildung in Sachen Europa muss ebenfalls dem Prinzip des lebenslangen Lernens folgen. Das bedeutet, dass nicht eine einmalige Fortbildungsveranstaltung dem Ziel gerecht wird. Vielmehr muss

eine Kontinuität auch bei diesem Thema entwickelt werden.

Am Ende der Sitzung wiesen Sascha Göritz und Nils-Torben Zimmermann daraufhin, dass für die weitere verbesserte Zusammenarbeit auf europäischer Gewerkschaftsebene von jungen Polizeibeschäftigten folgende Schwerpunkte bearbeitet werden müssen:

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei in Europa
- Austausch über Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen
- Arbeit von EuroCOP
- Rolle des sozialen Dialogs in Europa

Man ist auf einem guten Weg. Europa wir kommen

2. GdP Hessen Kart Cup 2010

Teamgeist, Geschwindigkeit und Gewerkschaft war die richtige (Oktan-)Mischung für den heutigen Tag.

Am 10. April 2010 hat die GdP in seinem stetigen Engagement für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit einen weiteren großen Sieg errungen: Über 34 Teamanmeldungen und





Ursprünglich waren diese Veranstaltungen für einen Durchlauf angedacht. Aufgrund der großen Resonanz wollten wir aber keinem absagen und organisierten zwei 3-Stunden Rennen plus jeweils eine Stunde Qualifying.

Durch unseren Kooperationspartner PVAG wurden die Pokale und jeweils für die „schnellste Frau“ zwei Eintrittskarten des hessischen Comedy-Duos „BADESALZ“ ausgelost.

Die JG Hessen würde sich freuen, wenn wir gemeinsam mit den anderen Landesbezirken ein GdP-Bundes Kart Cup 2011 ausrichten könnten.

Mehr Bilder zum Kart Cup 2009 und 2010 findet ihr auf unserer Homepage unter JUNGE GRUPPE/Events.

Junge Gruppe Hessen

Fotos: Antonie Pedron

mindestens 150 Sympathie-Zähler hat die GdP-Hessen nach dem zweiten Kart Cup, dank dem brüllend heißen Limburger-Kart-Circuit, auf dem Haben-Konto.

Über 150 Fahrer, Betreuer und Freunde konnten mobilisiert werden und hatten bei diesem hervorragend organisierten Event einen riesigen Spaß. Ferner konnte mit diesem Event das hartnäckige Vorurteil erfolgreich widerlegt werden, dass Gewerkschaften und Gewerkschaftsarbeit langweilig seien.

Das Kommen je eines Teams aus dem fernen Schleswig-Holstein (PRev. Wedel) und aus dem grünen Saarland (PRev. St. Wendel) und vom BKA unterstreicht ganz deutlich, dass gute Organisation und eine professionelle Publicity sich auszahlen.

Als die Fahrerinnen und Fahrer in ihre kleinen Renn-Boliden stiegen, kämpften sie nicht allein gegen ihre Gegner auf der Strecke, sondern auch gegen die abnehmende Konzentration und den Lähmungserscheinungen in den Handgelenken. Natürlich trieb der gesunde Ehrgeiz unsere Kolleginnen und Kollegen immer wieder an, um Runde für Runde immer noch mal ein paar Hundertstel oder sogar Zehntel aus sich und der Maschine herauszuholen.

Am Ende wurden alle Teilnehmer mit wirklich sehr respektablen Ergebnissen



belohnt. Jede und Jeder gab ihr bzw. sein Bestes und war gemessen an den eigenen Erfahrungen und der Routine ein „kleiner Sieger“.

Faszinierend war das Outfit mancher Racing Teams. Viele hatten gesponserte T-Shirts der PVAG, manche hatten einen eigenen Overall mit GdP-Logo oder sogar Teamfunk im Ohr, um während der Fahrt mit dem Fahrer Kontakt zu halten.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21 -200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
Fanni Schneider



Kriminalistische Fallanalyse

Eine wesentliche Methode der kriminalistischen Untersuchung ist die gründliche und unvoreingenommene Analyse eines Falles, um bestehende Beweisprobleme im Strafverfahren zu erkennen und Wege zu ihrer Lösung zu finden. Hierzu vermittelt dieser Leitfaden umfassende Kenntnisse zur Methodik der kriminalistischen Untersuchung von Straftaten.



Im Einzelnen werden Logik und kriminalistisches Denken, die Sondierung der Ausgangsinformationen, das praktische Vorgehen bei der Fallanalyse einschließlich der Operativen Fall-

analyse (OFA) sowie die Unterschiede zwischen einer alltäglich vorkommenden Fallanalyse und der OFA abgehandelt. In diesem Zusammenhang wird auch auf den „Mythos“ und die realen Möglichkeiten der Anfertigung von Täterprofilen eingegangen. Beispielhaft wird im letzten Teil gezeigt, wie aus den Ergebnissen der Fallanalyse Versionen/Hypothesen aufgestellt werden und sich daraus die Planung der weiteren Untersuchung entwickelt.

Darüber hinaus werden auch theoretische Zusammenhänge erklärt, die als Orientierung für die Untersuchungspraxis in Besonderen Aufbauorganisationen (BAO) Bedeutung haben und die Untersuchung schwerer Straftaten unterstützen können.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/ Kriminologie Nr. 13: Kriminalistische Fallanalyse, Rolf Ackermann, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2010, 152 Seiten, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0631-7

Zukunft der Tarifautonomie

Das Tarifvertragsgesetz ist nunmehr 60 Jahre alt. Während es seit seiner Verabschiedung in nahezu unveränderter Form die rechtliche Grundlage der praktischen Tarifpolitik in der Bundesrepublik bildet, erfahren die Tarifpolitik und die Tarifvertragsstrukturen einen tiefgreifenden Wandel.

Nach der raschen Ausbreitung eines engmaschigen Netzes von Branchentarifverträgen in den 1950er Jahren gelangen den Gewerkschaften zum Teil hart erkämpfte verteilungs- und arbeitszeitpolitische Erfolge. Seit Beginn der 1980er Jahre führten ökonomische Krisen, Sozialabbau und verschärfter internationaler Wettbewerbsdruck zu einer Erosion des Tarifsystems.

Die derzeitige Krise verschärft die Situation: Was ist aus der Vergangenheit zu lernen und welchen Perspektiven für

eine erneuerte Tarifpolitik lassen sich entwickeln?

Zukunft der Tarifautonomie, Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten, VSA Verlag, 2010, 213 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 978-3-89965-375-5

Parteiverbotsverfahren

In der Demokratie sind Parteiverbote eine heikle Sache. Umso wichtiger ist es, wie die Macht, den politischen Gegner aus dem Wettbewerb zu entfernen, gehandhabt wird. Das Bundesverfassungsgericht überzeugt in seinen Entscheidungen nur zum Teil: Als rechtspolitischer Akteur hat es die Prüfungsmaßstäbe situativ differenziert und sogar neu kreiert. Die Parteiverbotsverfahren gegen SRP, KPD, NL, FAP und NPD werden in ihren rechtlichen und politisch-gesellschaftlichen Bedingungen einschließlich des zeitgeschichtlichen Hintergrunds und des sich wandelnden Verständnisses „streitbarer Demokratie“ erörtert. Dabei kommt dem gescheiterten NPD-Verbot besondere Bedeutung zu: Ist Art. 21 Abs. 2 GG obsolet? Benötigen wir eine „flexible Response“? Der Band enthält auch eine Dokumentation der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Parteiverbotsverfahren, Martin H. W. Möllers, Robert Chr. van Ooyen, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010, 226 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86676-116-2



Deutsche

Polizei

Nr. 5 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 -200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: dpa/Simela Pantzartzi Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
175.132 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

